

CHRISTOPHER CLARK

Preußen

Aufstieg und Niedergang

1600–1947

Aus dem Englischen von
Richard Barth, Norbert Juraschitz
und Thomas Pfeiffer

München 2007

Deutsche Verlags-Anstalt

»Obwohl ich Hunderte von Schulen und [...] Zehntausende von Schülern zu Gesicht bekam«, schrieb Mann, »sah ich nie ein Kind, das wegen Fehlverhaltens bestraft wurde. Ich sah nie ein Kind weinen, weil es bestraft worden war, oder vor Angst, bestraft zu werden.«³⁷ Liberale Besucher aus Großbritannien zeigten sich häufig überrascht, dass ein so »despotisches« Staatswesen ein so progressives und aufgeschlossenes Bildungssystem hervorgebracht hatte.³⁸

Wie der Fall Beckedorff nahelegt, bedeutete konservative Gesinnung nicht unversöhnlicher Widerstand gegen alles, was sich seit der Krise 1806 verändert hatte. Die Übergänge waren viel zu fließend, das Spektrum zu breit und offen, als dass eine umfassende Restauration des Status quo vor der Reformära denkbar gewesen wäre, nicht einmal ein Innehalten des Staates in seiner Entwicklung war möglich. Das mag auch daran gelegen haben, dass die Konservativen allmählich viele Ideen verinnerlicht hatten, die zentrale Bestandteile des Reformprojekts waren, so zum Beispiel die Auffassung, dass die preußische »Nation« ein einziges, kohärentes Gemeinwesen sei (statt einer Versammlung unterschiedlicher und privilegierter Stände).³⁹ Jedenfalls gab es noch beträchtliche fortschrittliche Machtzentren innerhalb der Regierung, nicht nur in den Ressorts Finanzen und Außenpolitik, sondern auch im Ministerium »für die geistlichen Sachen, den öffentlichen Unterricht und für das Medizinalwesen«, das selbst ein Produkt der Reformära war. Seit 1815 leitete der aufgeklärte Rationalist Karl von Altenstein das Ministerium, ein Freund, Mitarbeiter und einstiger Protegé von Hardenberg. Der König – selbst in mancher Hinsicht ein Kind der Aufklärung – war bei seinen Ernennungen nie sonderlich konsequent, und es wurde kein Versuch unternommen, einen einheitlichen, ideologischen Ansatz in der gesamten Regierungsmannschaft durchzusetzen.

Die Politik des Wandels

Die 1823 geschaffenen Provinzialstände waren wohl nicht die robusten Repräsentationsorgane, welche die Radikalen sich gewünscht hätten, aber in dem Maße, wie sie in ihre Rolle hineinwuchsen, entwickelten sie sich zu wichtigen Brennpunkten des politischen Wandels. Obwohl sie nach außen hin wie traditionelle Ständevertretungen aussahen, waren sie in Wirklichkeit neuartige repräsentative Einrichtungen. Ihre

Legitimität leiteten sie von einer gesetzgeberischen Handlung des Staates ab, nicht von der Autorität einer außerstaatlichen ständischen Tradition. Die Deputierten stimmten einzeln ab, nicht nach Ständen, und die Beratungen fanden in gemeinsamen Plenarsitzungen statt, nicht separat wie in den Ständeversammlungen des alten Regimes. Und der wichtigste Punkt: Der edle Stand, die Ritterschaft, wurde nicht länger durch Geburt, sondern durch Besitz bestimmt (mit Ausnahme des kleinen Kontingents »immediater« Adelige im Rheinland). Der Besitz »privilegierten Landes« gab nunmehr den Ausschlag, nicht die Geburt in einen privilegierten Stand.⁴⁰ Die bürgerlichen Grundstückskäufer, durch deren Kaufkraft sich die soziale Landschaft der preußischen Lande seit der Mitte des 18. Jahrhunderts verändert hatte, wurden jetzt in die höchsten Kreise der politischen Nation zugelassen (vorausgesetzt, dass sie keine Juden waren, in diesem Fall mussten sie einen Stellvertreter entsenden).

So stärkten sich die Kräfte des sozialen und des politischen Wandels gegenseitig, weil sich der Transfer ehemals adeliger Güter in den Besitz von Angehörigen der Mittelschicht in einem noch schnelleren Tempo fortsetzte, nachdem die Reformer den Markt für dörfliches Land dereguliert hatten. Im Jahr 1806 befanden sich noch 75,6 Prozent der Adelsgüter im Hinterland Königsbergs in den Händen von Adelligen. Bis 1829 war der Anteil auf 48,3 Prozent gesunken. Im ostpreußischen Kreis Mohrungen war der Rückgang noch drastischer. Hier fiel der Anteil von 74,8 auf 40,6 Prozent. Ostpreußen war wegen der verheerenden Folgen der Krise von 1806/07 und der napoleonischen Blockade für die Getreidewirtschaft der Provinz gewiss ein Extremfall, doch die Zahlen für ganz Preußen bestätigen den allgemeinen Trend: 1856 befanden sich nur noch 57,6 Prozent des adeligen Landes in den Händen adeliger Landbesitzer. Folglich waren die Provinzialstände (oder auch -landtage) auch viel plutokratischer, als es nach außen den Anschein hatte. Unter der ausgefeilten ständischen Verbrämung verbarg sich der Beginn eines besitzorientierten Stimmrechts.

Von Anfang an trachteten die Landtage danach, die ihnen zugewiesene Rolle auszuweiten, zunächst zögerlich, dann immer eifriger. Die von Deputierten vorgelegten Resolutionsentwürfe hatten häufig offenen politischen Charakter und sollten die Grenzen ausloten, die der Staat der Tätigkeit des Landtags gesetzt hatte. Viele forderten etwa, dass gedruckte Transkripte der Sitzungen in Umlauf gebracht wurden – was nach den Zensurvorschriften der Regierung untersagt war –, es wurden Petitionen

eingereicht, auf eine vollständige Versammlung wurde Die Pressefreiheit, die Landtage, schen Druck aus selbst, sondern a kum. Ab Ende d Städten unzählige vom Januar 1829 kritisierte die Regime der Region veschlug vor, dass d fassungsversprech verschlafenen Kle weit von der polr Verfassung und l einem Verweis a Napoleon.⁴²

Das Bemerkens vierziger Jahren aus allen Provinz herrschten Oberl eine relativ breite zeichnen einer E im Zentrum der l nale Beamte, son Tischler, Steinme bläser, Buchbind Gruppe bat nicht Sitzungen, sonde der dem Landade die Bemühungen lichen und politis zählige informelle schen Kreisen der des Landtags in d wurden von einer

eingereicht, auf dass »die ständischen Verhältnisse immer vielseitiger und vollständiger [...] sich entwickeln« mögen, und eine Generalversammlung wurde gefordert, also eine Vertretung ganz Preußens.⁴¹ Die Pressefreiheit kam ebenfalls häufig zur Sprache. Mit anderen Worten, die Landtage übten in den Provinzen allmählich liberalen politischen Druck aus. Diese Rolle spielten sie nicht nur für die Deputierten selbst, sondern auch für ein allgemeineres, politisch gebildetes Publikum. Ab Ende der zwanziger Jahre wurden von den ostpreußischen Städten unzählige Petitionen in den Landtag eingereicht. Eine Eingabe vom Januar 1829 aus der Stadt Mohrungen im Südwesten der Provinz kritisierte die Regierung in Berlin, weil sie die wirtschaftlichen Probleme der Region vernachlässige, tadelte die Unfähigkeit des Landtags und schlug vor, dass die Stände den Monarchen auffordern sollten, sein Versprechungsversprechen einzuhalten. Auch eine andere Eingabe aus der verschlafenen Kleinstadt Stallupönen östlich von Königsberg und nicht weit von der polnischen Grenze wiederholte die Forderung nach einer Verfassung und Nationalversammlung. Sie erhärtete das Gesuch mit einem Verweis auf den Beitrag der Provinz im Befreiungskrieg gegen Napoleon.⁴²

Das Bemerkenswerte an diesen Petitionen, die in den dreißiger und vierziger Jahren immer häufiger eingingen, ist nicht allein, dass sie aus allen Provinzen kamen, selbst aus dem konservativen, vom Adel beherrschten Oberland im Westen Ostpreußens, sondern auch, dass sie eine relativ breite Gesellschaftsschicht repräsentierten. Unter den Unterzeichnern einer Eingabe von 1843 aus Insterburg, einer Verwaltungsstadt im Zentrum der Provinz, fanden sich nicht nur Kaufleute und kommunale Beamte, sondern auch ein beträchtlicher Anteil an Handwerkern: Tischler, Steinmetze, Schlosser, Bäcker, Riemer, ein Kürschner, ein Glasbläser, Buchbinder, Metzger, Seifensieder und andere. Diese disparate Gruppe bat nicht nur um eine Nationalversammlung und öffentliche Sitzungen, sondern auch um einen »anderen Modus der Vertretung«, der dem Landadel weniger Gewicht einräumte.⁴³ Mit anderen Worten, die Bemühungen der Regierung, die Landtage von ihrem gesellschaftlichen und politischen Hinterland abzuschotten, gingen ins Leere. Unzählige informelle Verbindungen zwischen Deputierten und den politischen Kreisen der städtischen Gesellschaft sorgten dafür, dass die Debatten des Landtags in der ganzen Provinz verbreitet wurden. Diese Netzwerke wurden von einer wachsenden Provinzpresse unterstützt.

Die Landtage wurden auch im Großherzogtum Posen, dem Teil Polens, der nach 1815 Berlin zugeschlagen wurde, zum Brennpunkt politischer Ziele und abweichender Meinung. Die Verfassungsfrage wurde in dieser Region von der Frage der preußischen Politik gegenüber den Polen überschattet. In einer Erklärung vom 15. Mai 1815, die seither häufig zitiert wurde, versicherte Friedrich Wilhelm III. seinen polnischen Untertanen, dass auch sie hier ein Vaterland hätten und in die preußische Monarchie eingegliedert würden, ohne dass sie auf ihre Nationalität verzichten müssten. Ihre Sprache werde neben Deutsch in allen öffentlichen Funktionen verwendet werden.⁴⁴

In den frühen Nachkriegsjahren wurde der Versuch unternommen, die polnische Elite in der Region zu beschwichtigen. Ein Statthalter wurde ernannt, der zwischen der zentralen Exekutive und dem einheimischen Adel vermitteln sollte (diese Regelung bestand nur im Großherzogtum), und 1821 wurde eine Kreditgesellschaft gegründet, um die Schuldenlast des Adels zu lindern. Polnisch blieb Amtssprache für die Kommunikation mit der Bürokratie und in Gerichtsverfahren, und Polnisch war in Grund- und weiterführenden Schulen die Unterrichtssprache, mit Ausnahme der letzten Jahre im Gymnasium, wo Deutsch eingeführt wurde, um die Schüler auf die Universität vorzubereiten. Das Ziel war nicht die »Germanisierung« der Polen, man wollte nur gewährleisten, dass sie loyale preußische Untertanen wurden.⁴⁵ Ende der zwanziger Jahre häuften sich jedoch bereits die Enttäuschungen über die Entwicklungen im Großherzogtum. So herrschte zum Beispiel Unmut darüber, dass die Regierung es immer noch nicht geschafft hatte, eine separate polnische Division in der preußischen Armee aufzustellen – ein Vorhaben, das von dem Posener Adel sehr begrüßt wurde. Bei der ersten Sitzung des Landtags im Jahre 1827 wurden Petitionen eingereicht, die den Gebrauch des Deutschen in den letzten Jahren der weiterführenden Schule bemängelten und gegen die Tatsache protestierten, dass viele preußische Beamte in der Region weder Polnisch sprachen noch verstanden. Diese Themen erregten die Deputierten so sehr, dass die Befürworter einer Petition ihre Gegner sogar zum Duell forderten.

Nach 1830 verschlechterten sich die Rahmenbedingungen erheblich. Der polnische Aufstand im selben Jahr konzentrierte sich zwar auf den russischen Teil Polens, nicht auf den preußischen, aber er weckte unter den Liberalen im ganzen Königreich Begeisterung. Der Königsberger Professor Burdach erinnerte sich später daran, wie er heimlich über die

Grenze ging, um »von denselben nach Polen von demselben nach Polen wirkte sich unweigerlich auf die weil Tausende Polen die Gräben zu kämpfen, darunter nicht polnischen Militärdienst. Von der Regierung alarmiert, gab die Regierung auf. Das Großherzogtum von Posen polnische Statthalter entlassener Oberpräsident, der im Dezember 1820, der wenig Sinn darin fand, »Die männliche Jugend dieser Provinz noch betört durch die akademischen und Freiheitsgefühl, welche die Regierung mit der stolzen Anmaßung auf die gleiche Weise vereinigen [...]«

Die Vorstellung, dass Posen und die Polen eine eigenständige Politik der direkten Assistenten der Provinz seien gegenüber den »Preußen«. Von Neutralität forcierte die Besiedelung durch städtischen Selbstverwaltung, die schicht größere Einflussmöglichkeiten von Deutsch als Unterrichtssprache eine rasche Radikalisierung in den Jahren 1834 und 1837 wurde heftig gegen die Regierung protestiert. Polen traten in Scharen aus. Mitte der dreißiger Jahre unter dem polnischen Adel in einem Netz von Adelsvereinen, die sich für kulturelle und gesellschaftliche Verbesserung der Anbauern und des kulturellen Infrastrukturbaus. Auch im Rheinland entwickelten sich Brennpunkte für eine liberale Bewegung. Polnische Aktivisten im Westen konzentrierten sich an Formen der ständischen

Grenze ging, um »von dessen [Polens] Befreiung zu träumen und Blumen von demselben nach unserer Heimat zu bringen«⁴⁶. Der Aufstand wirkte sich unweigerlich auch auf die Politik im Großherzogtum aus, weil tausende Polen die Grenze überschritten, um für die nationale Sache zu kämpfen, darunter mehr als 1000 Fahnenflüchtige aus dem preußischen Militärdienst. Von der Aussicht auf eine nationale Mobilisierung alarmiert, gab die Berliner Regierung die Politik der Versöhnung auf. Das Großherzogtum wurde zur »Provinz« Posen degradiert, der polnische Statthalter entlassen. Eduard Heinrich von Flottwell, der neue Oberpräsident, der im Dezember 1830 ernannt wurde, war ein Hardliner, der wenig Sinn darin sah, den polnischen Adel zu besänftigen. »Die männliche Jugend dieses Adels«, erklärte er, »ist dabei größtenteils noch betört durch die akademischen Schwindeleien von Vaterlands- und Freiheitsgefühl, welche sich in dem unlogischen Kopfe eines Polen mit der stolzen Anmaßung eines sarmatischen Magnaten auf wunderbare Weise vereinigen [...]«.

Die Vorstellung, dass Posen Bestandteil eines polnischen Vaterlandes und die Polen eine eigenständige Nationalität seien, wurde zugunsten einer Politik der direkten Assimilierung aufgegeben. Die slawischen Einwohner der Provinz seien gar keine »Polen«, behauptete Flottwell, sondern »Preußen«. Von Neutralität konnte keine Rede mehr sein: Flottwell forcierte die Besiedelung durch deutsche Bauern, stärkte die Organe der städtischen Selbstverwaltung, um der zum Großteil deutschen Bürgerschaft größere Einflussmöglichkeiten zu geben, und weitete den Gebrauch von Deutsch als Unterrichtssprache aus. Diese Änderungen lösten eine rasche Radikalisierung in der Provinz aus. Auf den Landtagen von 1834 und 1837 wurde heftig gegen den Vormarsch der deutschen Sprache protestiert. Polen traten in Scharen aus dem preußischen Staatsdienst aus. Mitte der dreißiger Jahre engagierten sich patriotische Aktivisten unter dem polnischen Adel in der Bewegung »Organisches Werk«, einem Netz von Adelsvereinen, die sich zum Ziel gesetzt hatten, das polnische kulturelle und gesellschaftliche Leben in der Provinz durch die allmähliche Verbesserung der Anbaumethoden und die Schaffung einer polnischen kulturellen Infrastruktur zu verbessern.⁴⁷

Auch im Rheinland entwickelten sich die Landtage zu wichtigen Brennpunkten für eine liberale (und konservative) Mobilisierung. Politische Aktivisten im Westen konnten sich auf die noch frische Erinnerung an Formen der ständischen Mitbestimmung berufen, die bis ins

18. Jahrhundert zurückreichten.⁴⁸ Nach 1830 dienten die Landtage ebenfalls als politische Foren, auf denen von der Regierung eine Generalständeversammlung und die Erfüllung des Verfassungsversprechens eingefordert wurde.⁴⁹ Und im Rheinland wurden, genau wie im Osten, unzählige Petitionen im Landtag vorgetragen. Und wie in Ostpreußen erhielten der Landtag und seine Mitglieder in Anbetracht der erhöhten politischen Erwartungen einen höheren Status: Im Dezember 1833 veranstaltete der exklusive Casino Club in Trier sogar ein Bankett zu Ehren der zurückkehrenden Deputierten der Stadt.⁵⁰ Langsam, aber sicher brachte dieser belebende Wirbel rings um die Landtage es unweigerlich mit sich, dass ihre Ansprüche stiegen. Wie Heinrich von Treitschke, der national-liberale Historiker des 19. Jahrhunderts, es formuliert hat: »Landtage, die sich dem Urteil der öffentlichen Meinung preisgaben, konnten sich auf die Dauer nicht mit unmaßgeblichen Ratschlägen begnügen, sie mußten fordern, daß ihnen irgend ein Recht der Beschließung gewährt würde.«⁵¹

Glaubenskonflikte

In der Religion war dies wie in der Politik eine Ära der Differenzierung, Fragmentierung und des Konflikts. Erweckungsbewegungen mobilisierten so viele Gläubige, dass das Gleichgewicht der religiösen Gemeinschaften gestört wurde. Der Staat mischte sich so stark in das konfessionelle Leben des Königreichs ein wie noch nie seit der Herrschaft des Großen Kurfürsten, sodass die Grenzen zwischen religiöser Nonkonformität und politischem Dissens verwischt wurden. Aus konfessionellen Netzwerken wurden protopolitische, parteiähnliche Gruppierungen. Religion war keineswegs nur eine Quelle des politischen Diskurses; sie wurde ein starkes Motiv zum Handeln. Ihre Dynamik als gesellschaftliche Kraft war in dieser Ära stärker denn je seit dem 17. Jahrhundert.

Im Dezember 1827 kehrte ein Engländer von Berlin nach London zurück mit »erfreulichen Aussagen zum Anstieg der Religion unter einflussreichen Personen in den preußischen Domänen«. Dieser evangelikalische Reisende erzählte einer bekannten Londoner Missionsgesellschaft von einer Gebetsversammlung in Berlin, wo er »30 Personen ersten Ranges« angetroffen habe. Er berichtete, dass sich der König und seine Minister einig seien in der Förderung frommer Projekte, und

erzählte
christlich
Erweckun
nischlich
Jahrzehn
Deutsche
fertigen G
ben oder
zur Fülle
traumatis
nützlich
erinnerte
lich wie r
terung m
erkannte

Diese P
als kirchh
Initiative
sich karit
ner Fraue
ge von W
Vermittle
von Jude
witz, eine
etwa eine
de 1822 e
lichkeit
chen selb

Im Wes
me Adalt
zu Düssel
bieten, de
gen war
sie zum G
der Graf
Christi—
en. Sünd
Reckes ei

sprechen. Im Anschluss an eine Debatte im Vereinigten Landtag im Jahr 1847 über die Zulassung von Juden zum Staatsdienst versuchte Friedrich Julius Stahl, ein konservativer Rechtsprofessor an der Universität Berlin und konvertierter Jude, dem Gedanken eine gewisse theoretische Grundlage zu verleihen. In seinem Buch *Der christliche Staat und sein Verhältnis zu Deismus und Judentum* argumentierte er, dass der Staat, da er »eine Offenbarung des sittlichen Geistes der Nation« sei, selbst den »Geist eines christlichen Volkes« ausdrücken müsse. Insofern war es undenkbar, dass Juden (und andere Ungläubige) ein staatliches Amt bekleideten.⁸²

Verständlicherweise bezeichneten jüdische Journalisten das »Phantom vom christlichen Staat« abschätzig als »den allerneuesten Vorwand, uns das Recht zu versagen«⁸³. Doch es steckte mehr dahinter. Der christliche Dirigismus der Nachkriegsära konnte Fuß fassen, weil er dem aktivistischen, utopischen Zweig des zeitgenössischen Protestantismus ein Ventil verschaffte. Darüber hinaus legte er, wenn auch begrenzt, Rechenschaft ab über den ultimativen, sittlichen Zweck des Staates. Damit wurde eine Identität zwischen Staat und Gesellschaft heraufbeschworen, die religiös und nicht ethnisch definiert war. Diese Identität bot zugleich eine Alternative zum Nationalismus, der nach 1815 die territoriale Souveränität der deutschen Fürsten bedrohte. Für diese doch recht diffusen Vorteile zahlte die preußische Monarchie einen hohen Preis. Der konfessionelle Dirigismus der Nachkriegsära hatte zur Folge, dass die Grenzen zwischen religiösem und politischem Dissens verschwammen. Theologische Debatten sowie Religionszugehörigkeit wurden politisiert, politischer Dissens erhielt einen theologischen Beigeschmack – er wurde zugleich kategorischer und diffuser.

Apotheose des Staates

Im Jahre 1831 hatte das Königreich Preußen 13.151.883 Untertanen. Von diesen lebten etwa 5.430.000 (oder grob 41 Prozent) in den Provinzen Sachsen, Rheinland und Westfalen – Regionen, die erst 1815 preußisch geworden waren. Wenn man die Bewohner des Großherzogtums Posen hinzufügt, das erst 1815 an Preußen »zurückgegeben« worden war, dann steigt der Anteil der neuen Preußen auf fast 50 Prozent. Aus ihnen preußische Bürger zu machen, war keine leichte Aufgabe. Dieses Problem betraf nicht etwa allein Preußen – auch Baden, Württemberg und Bayern

waren aus den Wirrungen der Napoleonzeit mit beträchtlichen Gebietsgewinnen hervorgegangen. In diesen Staaten wurde die Integration neuer Untertanen jedoch durch die Schaffung von Landesparlamenten und die Durchsetzung einer einheitlichen Verwaltungs- und Justizstruktur erleichtert. Preußen hingegen bekam weder ein »nationales« Parlament noch eine »nationale« Verfassung.

Auch mit Blick auf die Verwaltung blieb das Königreich ein Flickenteppich. Es gab immer noch kein einheitliches gesetzliches Gerüst. Die Berliner Verwaltung versuchte in den zwanziger Jahren, das System nach und nach zu homogenisieren, doch das rheinländische (also napoleonische) Recht blieb weiterhin in den westlichen Provinzen in Kraft, mit der Folge, dass Kandidaten für die dortige Richterschaft auch dort ausgebildet werden mussten. Während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts existierten neben dem Geheimen Obertribunal in Berlin vier weitere oberste Gerichtshöfe, darunter einer für das Rheinland, einer für Posen und einer in Greifswald für den ehemals schwedischen Teil Pommerns,⁸⁴ denn dieser behielt den eigenen traditionellen Gesetzkodex, eigene Institutionen kommunaler und städtischer Selbstverwaltung und eigene städtische Verfassungen.⁸⁵ Auch das Rheinland hatte es sich ausbedungen, das vergleichsweise liberale System der lokalen Verwaltung, das von den Franzosen eingeführt worden war, zu behalten.⁸⁶ Durch die Anwendung des Allgemeinen Landrechts in den meisten anderen Provinzen wurde die große Vielzahl der lokalen Gesetze und Bestimmungen überdeckt. Das Emanzipationsedikt vom 11. März 1812 wurde beispielsweise nicht auf die 1815 erworbenen Provinzen ausgedehnt, sodass die Juden des Königreichs unter sage und schreibe 33 verschiedenen Gesetzkodizes lebten. Eine Kreisbehörde sprach davon, der Staat habe – zumindest auf diesem Gebiet – vor den Provinzen und Regionen kapituliert.⁸⁷

Preußen war im Jahr 1840 in Bezug auf Gerichtsbarkeit und Verwaltung nicht mehr so homogen wie noch im Jahr 1813. Das kann nicht genug betont werden, weil Preußen immer wieder als das Musterbeispiel eines zentralisierten Staates angesehen wird. Dabei war es ja gerade das Ziel der kommunalen Reformen Steins gewesen, Befugnisse an ein allgemein bewundertes System der städtischen Selbstverwaltung zu delegieren. Selbst das konservativere revidierte Stadtrecht, das 1831 in Westfalen eingeführt wurde, verschaffte den Städten eine größere Autonomie als unter dem napoleonischen System.⁸⁸ In der gesamten Nachkriegsära

nahmen die Organe des Zentralstaates eine ehrerbietige Haltung gegenüber den Granden der preußischen Provinzen ein. Und die Provinzelen bewahrten sich ein starkes Bewusstsein ihrer eigenen Identität, insbesondere an der östlichen und westlichen Peripherie, was noch dadurch verstärkt wurde, dass zwar jede Provinz einen eigenen Landtag hatte, das Königreich jedoch keinen. Die Einrichtung der Provinzialstände mit dem Allgemeinen Gesetz vom 5. Juni 1823 steigerte also die Bedeutung der Provinzen auf Kosten des preußischen Staatswesens. Ostpreußen sei nicht »nur eine Provinz«, wurde einem Besucher in Königsberg 1851 mitgeteilt, sondern ein eigenes *Land*. So gesehen war Preußen ein halb föderales Staatswesen.⁸⁹

Der dezentrale, pragmatische Regierungsansatz ging einher mit der impliziten Akzeptanz einer kulturellen Vielfalt. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts war Preußen ein sprachlicher und kultureller Flickenteppich. Die Polen in Westpreußen, Posen und Schlesien stellten die größte sprachliche Minderheit; in den südlichen Kreisen Ostpreußens sprachen die Masuren ländliche Dialekte des Polnischen; die Kaschuben im Hinterland von Danzig sprachen wieder einen eigenen Dialekt. Bis Mitte des 19. Jahrhunderts wurde in vielen Schulen des ehemaligen Herzogtums Kleve Niederländisch unterrichtet. In den wallonischen Kreisen Eupen-Malmedys – eines schmalen Gebiets, das 1815 zu Preußen geschlagen wurde – blieb Französisch bis 1876 die Sprache der Schulen, Höfe und Verwaltung.⁹⁰ Die »Philipponen«-Gemeinden der Altgläubigen, die sich 1828–1832 als Flüchtlinge aus Russland in Masuren niederließen, sprachen Russisch. Spuren ihrer charakteristischen Holzkirchen sind noch heute in der Region zu sehen. In Oberschlesien gab es tschechische Gemeinden, Sorben im Kreis Cottbus, und vereinzelt lebten Sprecher des alten slawischen Dialekts der Wenden in Dörfern im Spreewald. Mehr schlecht als recht schlugen sich die Kuren auf der langen Landzunge an der Ostsee, der Kurischen Nehrung, durch – die Bewohner einer der ödesten und melancholischsten Landschaften Nordeuropas. Diese abgehärteten Fischer sprachen einen lettischen Dialekt und es hieß, dass sie ihren monotonen Speiseplan mit dem Fleisch von Krähen aufbesserten, die sie fingen und mit einem Biss in den Kopf töteten. Einige Regionen, wie der Kreis Gumbinnen in Ostpreußen, waren dreisprachig, nämlich masurisch, litauisch und deutsch.⁹¹

Die preußische Politik hatte diese östlichen Siedlungen immer als »Kolonien« mit eigener Kultur betrachtet; die preußische Verwaltung

unterstützte die einheimischen Mundarten, indem sie deren Gebrauch unter anderem in Grundschulen förderte, protestantische Netzwerke verbreiteten Gesangbücher, Bibeln und Traktate in einer breiten Palette einheimischer Sprachen und boten in Gegenden mit einer sprachlichen Minderheit zweisprachige Gottesdienste an. Die erste litauische Zeitschrift im Königreich, *Nusidavimai*, war eine missionarische Zeitung, die von einem deutschsprachigen Pastor herausgegeben wurde, der unter den Litauern predigte.⁹² Deutschsprachige Preußen wie der Staatsmann und Gelehrte Wilhelm von Humboldt und der Königsberger Theologieprofessor Ludwig Rhesa hatten maßgeblich Anteil daran, dass das Litauische und sein volkstümliches Vermächtnis Gegenstand größeren kulturellen Interesses wurde.⁹³ Erst im Jahr 1876 wurde Deutsch als Amtssprache für alle Teile Preußens festgelegt.

Preußen blieb also, mit den Worten eines schottischen Reisenden, der in den vierziger Jahren durch die Provinzen der Hohenzollern fuhr, ein »Königreich der Fetzen und Flicker«. Wie Samuel Laing beobachtete, hatte Preußen »im landläufigen Sinn, nur eine geografische oder politische Bedeutung, indem es die preußische Regierung oder die Provinzen, die sie regiert, bezeichnet – keine moralische oder soziale Bedeutung. Die preußische Nation ist eine Kombination selten gehörter Worte, nie umgesetzter Ideen [...]«⁹⁴ Laings Kommentar war, so ablehnend er war, doch tiefblickend. Was hieß es denn genau, »Preuß« zu sein? Das Preußen der Restaurationszeit war keine »Nation« im Sinne eines Volkes, das über eine gemeinsame Herkunft definiert und zusammengehalten wird. Es hat nie eine preußische Küche gegeben. Es gab auch keine spezifisch preußische Folklore, Sprache, Musik oder Kleidung (abgesehen von den Uniformen des Militärs). Preußen war keine Nation im Sinne einer Gemeinschaft mit einer gemeinsamen Geschichte. Vielmehr musste sich das »Preußentum« auf einer Basis selbst definieren, die nicht bereits von der rivalisierenden Ideologie des deutschen Nationalismus besetzt war. Das Ergebnis war ein seltsam abstraktes und fragmentarisches Identitätsgefühl.

Für die einen stand Preußen für Recht und Ordnung; deshalb verwiesen die altlutherischen Separatisten in Schlesien auch so zuversichtlich auf das Allgemeine Landrecht, als sie sich gegen willkürliche Aktionen der staatlichen Behörden zur Wehr setzten.⁹⁵ Für diese demütigen Untertanen der preußischen Krone war der Kodex eine Garantie der Freiheit des Gewissens, eine »Verfassung«, die das Recht des Staates ein-

schränkte, sich in das Leben der Untertanen einzumischen. Das Recht, das bestimmte individuelle Freiheiten garantierte, stellte auch eine öffentliche Ordnung in Aussicht – ebenfalls ein viel gepriesenes Merkmal der preußischen Herrschaft. In einem protestantischen Lied, das während der »Kölner Ereignisse« um die Erziehung der Kinder in einer konfessionellen Mischehe Ende der dreißiger Jahre die Runde machte, stellte der anonyme Autor die Arroganz und den Despotismus des katholischen Klerus der ordentlichen preußischen Lebensweise gegenüber:

Hier bei uns im Preußenlande
Ist der König Herr;
Durch Gesetz und Ordnungsbande
Stänkert man nicht kreuz und quer.⁹⁶

»Preußentum« implizierte folglich den Eifer für eine bestimmte Ordnung. Die »Sekundärtugenden« der preußenfreundlichen Klischeevorstellung (Pünktlichkeit, Loyalität, Ehrlichkeit, Gründlichkeit, Präzision) waren allesamt Attribute des Dienstes für ein höheres Ideal.

Aber für welches Ideal eigentlich? Die Zeit des Königs Kults wie nach der Herrschaft Friedrichs des Großen war vorbei. Die Regierung tat ihr Bestes, in den dreißiger Jahren einen monarchistischen Patriotismus zu propagieren, hatte aber wenig Erfolg. Das *Preußenlied*, das von der Regierung Ende der dreißiger Jahre als eine Art Landeshymne übernommen wurde, brachte eine offiziell geduldete Version des preußischen patriotischen Gefühls zum Ausdruck. Der Text stammte von Bernhard Thiersch, einem Lehrer am Gymnasium von Halberstadt, Heinrich August Neithard, der Musikdirektor des 2. Grenadiergarde-regiments, komponierte eine flotte Marschmelodie dazu. Das Lied begann stark mit den Worten »Ich bin ein Preuße, kennt ihr meine Farben?«, verlor sich aber bald in kriecherischen monarchistischen Ergüssen. Ein imaginärer Preuße – stoisch, reserviert und mannhaft – nähert sich dem Thron »mit Liebe und Treue« und hört von dort die sanfte Stimme eines Vaters. Er schwört ihm kindliche Treue; er fühlt den Ruf des Königs in seinem Herzen nachklingen; er stellt fest, dass ein Volk nur dann aufblühen kann, wenn die Bande der Liebe und Loyalität zwischen König und Untertanen intakt bleiben und dergleichen mehr. Das »Preußenlied« war ein gutes Marschlied, aber es setzte sich nie als Volkslied durch, und der Grund dafür ist unschwer zu erkennen.⁹⁷ Das Bezugsfeld war zu eng militärisch gefasst, der Monarch im Zentrum zu abgehoben und der Ton

zu unterwürfig, um die wilden Ziele aufzugreifen, die im allgemeinen Patriotismus zum Ausdruck kamen.

Die einzige Institution, die alle Preußen miteinander gemein hatten, war der Staat. Es war kein Zufall, dass ausgerechnet in dieser Zeit die Diskussion um die Idee des Staates ungeahnte Kreise zog. Seine Erhabenheit wurde zwingender als je zuvor gepriesen, zumindest im Milieu der Akademiker und hohen Beamten. Kein Mensch trug nach 1815 stärker dazu bei, die Würde des preußischen Staates zu verbreiten als Georg Wilhelm Friedrich Hegel, der schwäbische Philosoph, der 1818 Fichtes vakanten Lehrstuhl an der neuen Universität von Berlin besetzte. Der Staat, argumentierte Hegel, sei ein Organismus mit einem Willen, Rationalität und Ziel. Sein Schicksal sei es – wie das eines jeden Lebewesens –, sich zu verändern, zu wachsen und fortschrittlich zu entwickeln. Der Grund des Staates sei die Macht der Vernunft, die sich als Wille verwirklicht;⁹⁸ er sei eine transzendente Domäne, in der die entfremdeten rivalisierenden »Interessen der Einzelnen« zu einem kohärenten Ganzen und einer Identität verschmelzen. Hegels Überlegungen zum Staat hatten einen theologischen Kern: Der Staat hatte einen quasigöttlichen Zweck; er sei »der Gang Gottes in der Welt«. Unter Hegels Feder wurde er zu einem quasigöttlichen Apparat, durch den die Vielzahl der Untertanen, welche die Zivilgesellschaft bildeten, zur Universalität erlöst wurden.

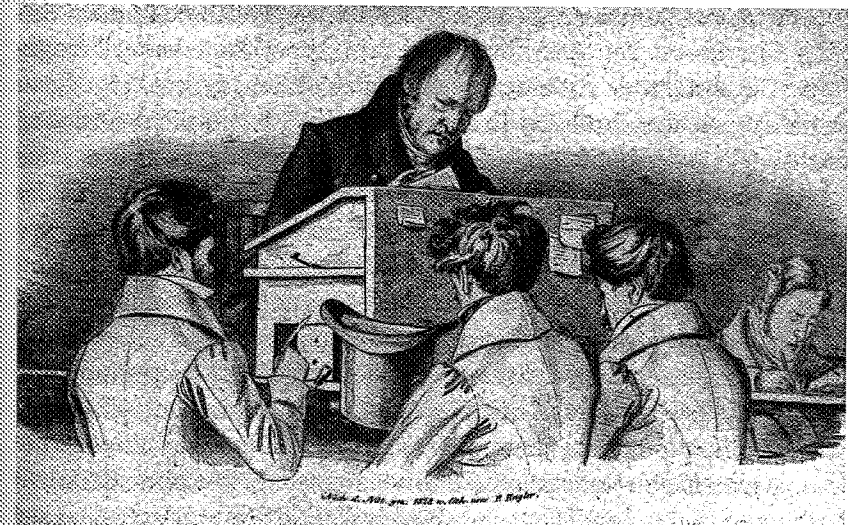
Mit diesem Ansatz brach Hegel mit der Anschauung, die seit Pufendorf und Wolff unter preußischen Staatstheoretikern vorherrschte, nämlich dass der Staat nicht mehr als eine Maschine sei, so konzipiert, dass sie die äußeren und inneren Sicherheitsbedürfnisse der Gesellschaft befriedigte, die sie gestaltet hatte.⁹⁹ Hegel wies die Metapher von der Staatsmaschine, die von Theoretikern der Spätaufklärung favorisiert wurde, mit der Begründung zurück, sie würde »freie Menschen« behandeln als wären sie lediglich Rädchen im Getriebe. Der hegelianische Staat war kein oktroyiertes Konstrukt, sondern der höchste Ausdruck der sittlichen Substanz eines Volkes, die Entfaltung einer transzendenten und rationalen Ordnung, die »Verwirklichung der Freiheit«. Daraus folgte, dass die Beziehung zwischen Zivilgesellschaft und Staat nicht antagonistisch, sondern wechselseitig war. Gerade der Staat ermöglichte es ja der Zivilgesellschaft, sich auf rationale Weise zu ordnen, und die Vitalität des Staates hing wiederum von den jeweiligen Partikularinteressen ab, welche die Zivilgesellschaft ausmachten, indem der Einzelne »in seiner besonderen Art für das Ganze tätig ist«. »Diese besondere

Sphäre lässt sich zu einer Totalität erheben, wenn das Geschäft aufrichtig und wahrhaft betrieben wird [...]. Aus dieser Vollführung des Einzelnen geht das Ganze hervor.«¹⁰⁰

Hegel hatte keine liberale Vision vom Staat – er war kein Fürsprecher nationaler zentralistischer Legislativen, nachdem er miterlebt hatte, wozu diese unter den Jakobinern in Frankreich imstande gewesen waren. Doch die fortschrittliche Orientierung seiner Vision war nicht zu übersehen. Denn bei allen Bedenken wegen des jakobinischen Experiments feierte Hegel die Französische Revolution doch als »herrlichen Sonnenaufgang«, der von »allen denkenden Wesen« mitgefeiert worden sei. Hegels Studenten in Berlin bekamen zu hören, dass die Revolution eine unumkehrbare Errungenschaft des »Weltgeistes« darstelle, deren Folgen immer noch zu spüren seien.¹⁰¹ Der Umstand, dass er die Vernunft in den Mittelpunkt stellte und eine Vorwärtsentwicklung erkannte, war bei seinen Überlegungen zum Staat an jedem einzelnen Punkt zu spüren. Im Hegel'schen Gemeinwesen war kein Platz für privilegierte Kasten und private Rechtsprechung. Und indem Hegel den Staat über die Ebene des Parteienstreits erhob, rückte er die erfrischende Möglichkeit ins Licht, dass Fortschritt – im Sinne einer nützlichen Rationalisierung der politischen und gesellschaftlichen Ordnung – einfach eine Eigenschaft des Gangs der Geschichte sei, wie er im preußischen Staat verkörpert werde.¹⁰²

Aus heutiger Sicht fällt es schwer, die berausende Wirkung der Gedanken Hegels auf eine Generation gebildeter Preußen nachzuvollziehen. Es war keine Frage des pädagogischen Charismas Hegels – er war bekannt dafür, dass er gebeugt über dem Pult stand und den Text in einem stockenden und kaum hörbaren Murmeln vorlas. Der Student Gustav Heinrich Hotho, der die Vorlesungen an der Universität Berlin besuchte, schrieb: »Fahl und schlaff hingen alle Züge wie erstorben nieder [...]. Abgespannt, grämlich saß er mit niedergebücktem Kopf in sich zusammengefallen und blätterte und suchte immer fortsprechend in den langen Folioheften vorwärts und rückwärts, unten und oben.« Ein anderer Student, der spätere Hegel-Biograf Karl Rosenkranz, erinnerte sich an schwierige Passagen, die von fortwährendem Husten und Schnupfen unterbrochen wurden.¹⁰³

Die Ideen selbst und die besondere Sprache, die Hegel erfand, um sie auszudrücken, setzten sich in den Köpfen seiner Schüler im ganzen Königreich fest. Zum Teil ist dies aus dem historischen Kontext heraus zu erklären. Hegels Ernennung war das Werk des ehemaligen Protegés



39. Hegel am Lesepult, umgeben von Studenten.
Lithografie aus dem Jahr 1828 von Franz Kugler.

Hardenbergs, des Bildungsministers Karl von Altenstein. Die Schriften des Philosophen lieferten eine wunderbare Legitimierung der preußischen Bürokratie, deren Machtausdehnung innerhalb der Exekutive während der Reformära eine Rechtfertigung erforderte. Hegel bewegte sich auf einem Grat zwischen doktrinärem Liberalismus und restaurativem Konservatismus – in einer Ära der tiefen politischen Verunsicherung fand dieser Mittelweg viele Anhänger. In seinen Schriften wurden entgegengesetzte Standpunkte gegeneinander abgewogen, häufig mit verblüffender Virtuosität. Seine dialektische Zauberlehre, im Verein mit einer orakelhaften und gelegentlich verwirrenden Darbietung, ließ Raum für unterschiedliche Interpretationen. So war es möglich, dass sich die hegelianische Sprache und Hegels Ideen in den politischen Ideologien sowohl der Rechten *als auch* der Linken niederschlugen.¹⁰⁴ Und schließlich schien Hegel einen Weg anzubieten, unbestreitbare politische und soziale Konflikte mit Blick auf eine ultimative Harmonie der Interessen und Ziele miteinander zu versöhnen.

»Hegelianismus« war nicht der Stoff, aus dem populäre Identitäten gestrickt werden. Das Werk des Meisters war bekanntlich schwer zu lesen, geschweige denn zu verstehen. Richard Wagner und Otto von Bis-

marck zählten zu den Zeitgenossen, die sich vergeblich bemühten, den Sinn zu erfassen. Darüber hinaus war sein Appell konfessionell eingefärbt. Hegel stammte aus einem pietistischen Milieu, dessen Prägung an seinen Versuchen abzulesen ist, die irdische an die göttliche Ordnung anzugleichen. Katholische Studenten reagierten ambivalent auf seine Lehren. Im Jahr 1826 reichte eine Gruppe katholischer Studenten an der Universität Berlin sogar beim Bildungsministerium formal Beschwerde ein: Offenbar hatte Hegel sich über die katholische Lehre lustig gemacht. Er stellte fest, dass für den Fall, dass eine Maus an einer geweihten Hostie knabberne, kraft des Wunders der Transsubstantiation »Gott in der Maus und selbst in den Exkrementen« sei.¹⁰⁵ Als das Ministerium eine Erklärung verlangte, berief sich Hegel auf den Grundsatz der akademischen Freiheit und fügte hinzu, dass es Katholiken freistehe, seinen Vorlesungen fernzubleiben, falls sie dies wünschten. Selbst ohne derartige Irritationen lag auf der Hand, dass Hegels Verherrlichung des Staates auf Protestanten der preußischen Staatskirche spontan eine größere Anziehungskraft als auf Katholiken ausübte, deren Beziehung zu den protestantischen weltlichen Behörden ohnehin angespannt war.

Innerhalb der protestantischen Hauptströmung (von assimilierten jüdischen Kreisen ganz zu schweigen) hatte Hegel jedoch tiefen und dauerhaften Einfluss. Seine Thesen strömten rasch in die politische Kultur ein, zum Teil über die Studenten, die sich in seinen Vorlesungen drängten, und zum Teil durch die Schirmherrschaft des Kultusministers Altenstein und seines Untergebenen Johannes Schulze, eines Hegelschülers, der sich dafür einsetzte, wichtige akademische Posten mit Hegelianern zu besetzen, insbesondere an den Universitäten Berlin und Halle. Der Hegelianismus wurde allgegenwärtig, drang in die Sprache und das Denken selbst jener ein, die das Werk des Meisters weder gelesen noch verstanden hatten.

Hegels Einfluss trug dazu bei, den modernen Staat in den Mittelpunkt des Denkens zu rücken. Niemand anderer als Hegel personifiziert besser die Ausweitung des Diskurses um das Konzept des Staates in den Jahren der Neuausrichtung nach der Französischen Revolution. Der Staat war nicht länger nur der Sitz der Souveränität und Macht, er war die treibende Kraft, die den Gang der Geschichte bestimmte, gar die Verkörperung der Geschichte selbst. Diese typisch preußische Nähe zwischen der Idee des Staates und der Idee der Geschichte hinterließ dauerhafte Spuren in den aufkommenden, kulturellen Lehrfächern der Universitäten, nicht

zuletzt in der Geschichtswissenschaft selbst. Leopold von Ranke, der Begründer der Geschichte als modernes Forschungsfach, war kein Freund von Hegel, dessen philosophisches System er als unhistorisch ablehnte. Es lagen Welten zwischen Hegels metaphysischem Verständnis von den »Stufen des Bewusstseins« und der »Weltgeschichte« und der leidenschaftlichen Suche nach authentischen Quellen sowie dem Beharren auf einer akkuraten Schilderung, welche die Kennzeichen der aufkeimenden historischen Schule in Preußen waren. Aber auch der junge Ranke, ein Sachse, der 1818 im Alter von 23 Jahren nach Preußen kam und 1825 als Professor an die Universität Berlin berufen wurde, konnte sich nicht ganz der Ansteckung durch Preußens etatistischen Idealismus entziehen. In zwei 1833 und 1836 veröffentlichten Aufsätzen erklärte Ranke, die Staaten seien »originale Schöpfungen des Menschengenies – man darf sagen, Gedanken Gottes«. Der Staat besitze »sein eigenes ursprüngliches Leben«, er sei »ein lebendiges Dasein, das seiner Natur nach in unaufhörlicher Entwicklung, unaufhörlichem Fortschritt begriffen ist...«. Während des ganzen 19. und bis weit ins 20. Jahrhundert hinein konzentrierte sich die »preußische Schule« der Geschichtsforschung fast ausschließlich auf den Staat als Vehikel und Akteur des historischen Wandels.¹⁰⁶

Nach dem Tod des Philosophen während der Choleraepidemie von 1831 zerfiel der Hegelianismus in rivalisierende Schulen und durchlief rasche ideologische Mutationen. Unter den ungestümen »Junghegelianern«, die Ende der dreißiger Jahre in Berlin zusammenkamen, war der junge Karl Marx, ein »neuer« Preuße aus dem Rheinland und Sohn eines zum Christentum konvertierten Juden. 1836 war Marx zur Fortsetzung seiner Studien der Jurisprudenz und politischen Wirtschaft nach Berlin gezogen. Für ihn war die erste wahre Begegnung mit Hegels Gedankengut ein erhellender Schock, der einer religiösen Bekehrung gleichkam. »Vor Ärger konnte ich«, schrieb er im November 1837 an seinen Vater, »einige Tage gar nicht denken, lief wie toll im Garten an der Spree schmutzigem Wasser [...] umher, machte sogar eine Jagdpartie mit meinem Wirte mit, rannte nach Berlin und wollte jeden Eckensteher umarmen.«¹⁰⁷ Marx lehnte zwar später Hegels Auffassung von der staatlichen Bürokratie als dem »allgemeinen Stand« ab, hielt aber dennoch an ihr fest. Denn was war die Idealisierung des Proletariats durch Marx als die reine Verkörperung des allgemeinen Interesses anderes als die materialistische Umkehrung des Hegel'schen Konzepts? Auch der Marxismus stammte aus Preußen.

Hardenbergs Zeitbombe

In den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts war die Zeit des politischen Systems in Preußen abgelaufen. Das lag nicht nur an den wachsenden politischen Erwartungen der Menschen, sondern auch an den finanziellen Beschränkungen. Laut dem Staatsverschuldungsgesetz vom 17. Januar 1820 war es der preußischen Regierung untersagt, Kredite ohne die Freigabe durch eine »landesweite Ständeversammlung« aufzunehmen. Durch diese Maßnahmen hatten die Reformen (entworfen hatte das Gesetz Christian von Rother, Präsident der Hauptverwaltung der Staatsschulden im Finanzministerium, der eng mit Hardenberg zusammenarbeitete) der Regierung die Hände gebunden, bis sie sich zu weiteren Verfassungsreformen bereit erklärte. Das war die Zeitbombe, die Hardenberg im Herzen des preußischen Staates platziert hatte. Zunächst, in den zwanziger und dreißiger Jahren, tickte die Bombe leise vor sich hin, da die Finanzminister in dieser Zeit Kredite vorwiegend über die nominell unabhängige Seehandlung aufnahmen und die Kreditaufnahme generell auf einem Minimum hielten – mit dem Effekt, dass Preußen in dieser Zeit weniger Kredite als jeder andere deutsche Staat aufnahm.⁵⁵

Das konnte, wie Friedrich Wilhelm IV. wusste, nicht ewig so weitergehen. Zu dieser Zeit zeichnete sich die wirtschaftliche, militärische und strategische Bedeutung der Eisenbahn immer deutlicher ab.⁵⁶ Eisenbahnen waren von so überragender militärischer und wirtschaftlicher Bedeutung, erkannte Helmuth von Moltke bereits 1843, dass die Regierung früher oder später die Verantwortung für ihren weiteren Ausbau würde übernehmen müssen.⁵⁷ Und da auch der König leidenschaftlich dem neuen revolutionären Transportmittel anhing, war absehbar, dass Preußen in Bälde in einem Ausmaß Mittel in den Ausbau der Infrastruktur würde investieren müssen, die das Land ohne massive Anleihen nicht würde aufbringen können.

Dennoch sträubte sich der König lange gegen die Einsicht in die Unausweichlichkeit eines vereinigten Landtages. Die Stände, warnte einer seiner engsten Berater, »würden es nicht aufgeben, bei einer Anleihe mitzusprechen, würden aber alles bewilligen, wenn Noth am Mann wäre«⁵⁸. 1842 berief der König die Vereinigten Ausschüsse ein, besetzt mit je zwölf Delegierten aus den Provinziallandtagen, in der Hoffnung, diese Körperschaft würde über Angelegenheiten wie die Notwendigkeit einer staatlichen Eisenbahnfinanzierung beraten, ohne dabei eine Ausweitung

ihrer konstitutionellen Rolle zu betreiben. Petitionen an die Vereinigten Ausschüsse waren untersagt, die zur Diskussion freigegebenen Themen stark eingegrenzt und die Geschäftsordnung so formuliert, dass echte Debatten nicht möglich waren – die Redebeiträge der Delegierten, die sich nur einmal zu einem Thema äußern durften, mussten in alphabetischer Reihenfolge erfolgen. So war ausgeschlossen, dass die Vereinigten Ausschüsse substanzielle Entscheidungen treffen konnten; vor allem aber hatte die Einrichtung, wie ein Delegierter aus der Rheinprovinz während einer Debatte über die Eisenbahnfinanzierung die Kühnheit hatte anzumerken, keine Ermächtigung zur Genehmigung von Staatsanleihen.⁵⁹ Erst Ende 1844 konnte sich Friedrich Wilhelm zu dem Entschluss durchringen, binnen der nächsten drei Jahre eine nationale Versammlung der Provinziallandtage einzuberufen.

Mitte der vierziger Jahre spitzte sich die Eisenbahnfrage entscheidend zu. In den vorangegangenen Jahren war das preußische Eisenbahnnetz stark ausgebaut worden, von 185 Kilometern im Jahr 1840 auf 1106 Kilometer im Jahr 1845.⁶⁰ Allerdings hatte sich dieses Wachstum auf Gebiete konzentriert, in denen private Investoren mit Profiten rechnen konnten; die Privatwirtschaft hatte verständlicherweise wenig Interesse an unprofitablen Großprojekten, die hauptsächlich makroökonomischen oder militärischen Bedürfnisse dienten. Im Herbst 1845 jedoch wurde in Berlin bekannt, dass die französische Regierung den Bau eines strategischen Schienennetzes beschlossen hatte, dessen östliche Endpunkte eine potenzielle Gefahr für die Sicherheit des Deutschen Bundes darstellten. Vergebens drängte Berlin auf eine koordinierte strategische Eisenbahnpolitik aller deutschen Staaten, den Mitgliedern des Deutschen Bundes gelang es nicht, sich auf einen Konsens zu verständigen, noch nicht einmal hinsichtlich der Frage eines einheitlichen Spurmaßes für ein gesamtdeutsches Schienennetz. Preußen musste also auf eigene Faust handeln.⁶¹ Im Zentrum des Programms, das sich im Laufe des Jahres 1846 herauskristallisierte, stand die Ostbahn, eine Schienen-»Arterie«, die das Rheinland und die französische Grenze mit Brandenburg und Ostpreußen verbinden sollte.

Damit war für Hardenbergs Zeitbombe der Moment der Explosion gekommen. Das königliche Patent vom 3. Februar 1847, mit dem der erste Vereinigte Landtag einberufen wurde, stellte unmissverständlich klar, dass es sich dabei um die im Staatsverschuldungsgesetz von 1820 vorhergesehene Körperschaft handele. Der Vereinigte Landtag stellte kein neues

konstitution
 aller Provi
 billige Kon
 nach Provi
 Kopf, und
 meisten A
 Herrenkur
 Adelige un
 legierten, e
 raßen in de
 leisteten, e
 Interessen
 dessen der
 Staates na
 Text des Pa
 neuer Steu
 bahnbau b
 Der Vere
 Lobeshymn
 wurden vo
 Patent fest
 ten Libera
 Menschen
 einem (zu
 veröffentli
 Strinen ab
 die Delegi
 unfähig zu
 wahl bean
 Hardliner
 len Verfass
 auch solch
 derstellung
 Provinzdel
 zahl schles
 Bessen un
 tretens des
 Hoffnungen

konstitutionelles Instrument dar, sondern lediglich die Zusammenkunft aller Provinziallandtage in einem Organ und erbt damit die schwerfällige Konstitution seiner Vorgänger: Die Delegierten saßen getrennt nach Provinz- und Standeszugehörigkeit, abgestimmt jedoch wurde per Kopf, und die Versammlung trat, wie ein nationales Parlament, in den meisten Angelegenheiten wie ein einheitliches Organ auf. Es gab ein Herrenkurie genanntes Oberhaus, dem Fürsten, Grafen, mediatisierte Adelige und Mitglieder des Könighauses angehörten. Die restlichen Delegierten, die den Landadel, die Städte und die Bauernstände vertraten, saßen in der Dreiständekurie. Komplizierte Wahlbestimmungen gewährleisten, dass die einzelnen Provinzen ein Vetorecht gegenüber ihren Interessen schädigenden Vorschlägen erhielten, ein Aspekt, hinsichtlich dessen der Vereinigte Landtag die föderale Struktur des preußischen Staates nach 1815 widerspiegelte. Seine Hauptaufgabe, daran ließ der Text des Patents keinen Zweifel aufkommen, sollte in der Genehmigung neuer Steuern und der Zustimmung zu einer Staatsanleihe für den Eisenbahnbau bestehen.⁶²

Der Vereinigte Landtag war bereits vom ersten Tag an umstritten. Die Lobeshymnen der kleinen Schar gemäßigter konservativer Enthusiasten wurden von den Protesten der liberalen Kritiker übertönt. Die in dem Patent festgelegten Bestimmungen blieben nach Auffassung der meisten Liberalen weit hinter den berechtigten Erwartungen zurück. Die Menschen hätten, donnerte der schlesische Liberale Heinrich Simon in einem (zur Umgehung der preußischen Zensur) im sächsischen Leipzig veröffentlichten polemischen Aufsatz, Brot gefordert und seien mit Steinen abgespeist worden. Theodor von Schön vertrat die Auffassung, die Delegierten sollten die Eröffnungssitzung dazu benutzen, sich für unfähig zu erklären, als allgemeiner Landtag zu handeln, und eine Neuwahl beantragen. Wie die Liberalen lehnten auch die konservativen Hardliner das Patent ab, da sie darin den ersten Schritt hin zu einer vollen Verfassungsregelung sahen. Viele niedere Landadelige – darunter auch solche konservativer Neigung – waren aufgebracht wegen der Sonderstellung, die dem höheren Adel eingeräumt worden war, und die Provinzdelegierten aus den älteren Provinzen stießen sich an der Überzahl schlesischer und westfälischer Familiennamen in der Herrenkurie.⁶³ Dessen ungeachtet weckte die Ankündigung des ersten Zusammentretens des Vereinigten Landtags neue und weiterreichende politische Hoffnungen.

Am Sonntag, dem 11. April 1847 – einem kalten, grauen und regnerischen Tag –, wurden die über 600 Provinzdelegierten zur Eröffnungsfest des Vereinigten Landtags in den Weißen Saal des Berliner Schlosses geleitet. Die Thronrede des Königs, der über eine halbe Stunde frei und ohne Notizen sprach, war ein Warnschuss. Er war über die heftige Kritik an seinem Patent erzürnt und nicht in der Stimmung für Kompromisse. »Es soll keiner Macht der Erde je gelingen«, verkündete Friedrich Wilhelm IV., »Mich zu bewegen, das natürliche Verhältniß zwischen Fürst und Volk in ein conventionelles, constitutionelles zu wandeln, und daß ich es nun und nimmermehr zugeben werde, daß sich zwischen unseren Herr Gott im Himmel und dieses Land ein beschriebenes Blatt [...] eindränge, um uns mit seinen Paragraphen zu regieren und durch sie die alte, heilige Treue zu ersetzen.« Er schloss seine Rede mit dem Hinweis darauf, dass der Landtag kein legislatives Parlament war. Der Vereinigte Landtag war aus einem konkreten Grund einberufen worden, namentlich zur Bewilligung neuer Steuern und einer Staatsanleihe, doch seine Zukunft hing vom Wohlwollen und Urteil des Königs ab. Seine Aufgabe war es nicht, »Meinungen zu repräsentieren«, und er werde, beschied der König den Delegierten, den Landtag unter keinen Umständen wieder einberufen, wenn er auch »nur geringsten Zweifel hegte, das Sie ein Gelüst hätten nach der Rolle sogenannter Volksrepräsentanten«⁶⁴.

Schlussendlich gaben die Debatten im Vereinigten Landtag den konservativen Hardlinern Recht. Zum ersten Mal agierten preußische Liberale jeglicher Couleur auf derselben Bühne, und sie nutzten die Gelegenheit, einen Feldzug zur Umwandlung des Gremiums in eine richtige Legislative zu starten – und forderten das Recht auf periodische Einberufung des Vereinigten Landtags, die Zustimmungspflicht des Landtags zu allen Gesetzen, den Schutz vor willkürlichen Maßnahmen seitens der Staatsmacht und die Beseitigung sämtlicher noch vorhandener ständischer Diskriminierungen. Solange diese Forderungen nicht erfüllt seien, sehe sich, erklärten sie, der Landtag außerstande, den Ausgabeplänen der Regierung zuzustimmen. Das Gremium bot liberalen Politikern aus den einzelnen Regionen die Möglichkeit, sich zu treffen und sich mit gleich gesinnten Kollegen aus dem gesamten Königreich auszutauschen und förderte auf diese Weise die Herausbildung einer liberalen Partekultur.

Der rheinische Industrielle und Eisenbahnunternehmer David Hansemann, der seit 1843 im rheinischen Provinziallandtag saß, gehörte zu

den führenden
erwarb eine g
er Zusammen
organisierte. A
zu Gespräche
Um ausreich
gerte angehalt
die Hauptstad
Staat, in dem c
lang regionale
den. Sie erfüll
und der Bestir
scher Koopera
teiten, wie ein
und sprachen i
dieses Vorgehe
tive an sich rei

Im Vergleich
Bild ab. Bei d
und reagierten
und Vorwürfe.
Autonomie tat
zu agieren. Di
mit ihrem elita
enzen mit pote
Im Gegensatz z
zipien einigen
heit), waren d
mullierbaren, g
einem vagen K
Evolution eine
ren fehlte es ar
nen zu schmiec
Leopold von G
Rein konstitu
ereignis. Es wa
Legislative zu
lehnte der Lan

den führenden Figuren im dortigen Kreise der Liberalen. Hansemann erwarb eine große Wohnung unweit des Berliner Stadtschlusses, wo er Zusammenkünfte mit liberalen Delegierten aus anderen Provinzen organisierte. Auch im Hotel »Russischer Hof« kamen liberale Politiker zu Gesprächen, Debatten und allgemeinen Geselligkeiten zusammen. Um ausreichend Zeit für Vorgespräche zu haben, wurden liberale Delegierte angehalten, mindestens acht Tage vor Beginn der ersten Sitzung in die Hauptstadt zu kommen. Die Bedeutung dieser Erfahrung in einem Staat, in dem die Presse und die politischen Netzwerke nach wie vor entlang regionaler Linien organisiert waren, kann kaum überschätzt werden. Sie erfüllte die Liberalen mit einem Gefühl des Selbstvertrauens und der Bestimmung und führte ihnen eindrücklich die Vorteile politischer Kooperationen und Kompromisse vor Augen. Die Liberalen arbeiteten, wie ein Konservativer neidisch bekundete, »bis tief in die Nacht« und sprachen ihre Strategien für wichtige politische Debatten ab.⁶⁵ Durch dieses Vorgehen konnten sie in den meisten Kammerdebatten die Initiative an sich reißen.

Im Vergleich dazu gaben die Konservativen ein geradezu klägliches Bild ab. Bei den meisten Debatten befanden sie sich in der Defensive und reagierten lediglich auf von den Liberalen eingebrachte Vorschläge und Vorwürfe. Als Verteidiger der provinziellen Vielfalt und regionalen Autonomie taten sie sich weitaus schwerer, auf gesamtpreußischer Ebene zu agieren. Die Politik vieler konservativer Adelliger war unentwirrbar mit ihrem elitären ständischen Status verknüpft, eine Haltung, die Allianzen mit potenziellen Verbündeten niederer Herkunft im Wege stand. Im Gegensatz zu den Liberalen, die sich auf bestimmte allgemeine Prinzipien einigen konnten (Konstitutionalismus, Repräsentanz, Pressefreiheit), waren die Konservativen meilenweit von einer eindeutigen, formulierbaren, gemeinsamen Plattform entfernt, abgesehen vielleicht von einem vagen Konsens, dass eine schrittweise, auf Traditionen beruhende Evolution einem radikalen Wandel vorzuziehen sei.⁶⁶ Den Konservativen fehlte es an einer Führung, und sie brauchten lange, eigene Fraktionen zu schmieden. »Es erfolgt eine Niederlage nach der anderen«, klagte Leopold von Gerlach am 7. Mai nach gerade einmal einer Sitzungswoche.⁶⁷

Rein konstitutionell betrachtet, war der Vereinigte Landtag ein Nichtereignis. Es war ihm nicht erlaubt, sich selbst in eine parlamentarische Legislative zu transformieren. Vor seiner Schließung am 26. Juni 1847 lehnte der Landtag den Antrag der Regierung auf Staatsanleihen zur

Finanzierung der Ostbahn mit dem Hinweis ab, er werde dies nur tun, wenn der König ihm das Recht auf regelmäßige Zusammenkunft gewähre. »In Geldfragen«, so die zu Berühmtheit gelangten Worte des Unternehmers und liberalen Abgeordneten David Hansemann, »hört die Gemütlichkeit auf.« Im Hinblick auf die politische Kultur war der Vereinigte Landtag jedoch von enormer Bedeutung. Im Gegensatz zu seinen Vorläufern in den Provinzen war er eine öffentliche Körperschaft, deren Verhandlungen aufgezeichnet und veröffentlicht wurden und im politischen Leben des gesamten Königreiches Widerhall fanden. Insofern bezeugte der Landtag das völlige Scheitern der vom König verfolgten Eindämmungsstrategie und signalisierte das Bevorstehen – beziehungsweise die Unausweichlichkeit – eines wirklichen konstitutionellen Wandels. Wie genau sich dieser Wandel allerdings vollziehen würde, war noch unklar.

Preußen am Vorabend der Revolution

In *Deutschland. Ein Wintermärchen* beschrieb Heinrich Heine seine Rückkehr nach Preußen nach 13-jährigem Exil in Paris. Heine, Sprossling einer jüdischen Händlerfamilie von bescheidenem Wohlstand aus Düsseldorf, hatte als junger Erwachsener Vorlesungen Hegels in Berlin besucht und war zum Christentum konvertiert, um seine angestrebte Verwaltungskarriere zu befördern, eine Reminiszenz an den Anpassungsdruck, unter dem jüdische Untertanen im preußischen christlichen Staat standen. 1831, Heine hatte seine Absichten, in den Staatsdienst einzutreten, verworfen und sich bereits einen ansehnlichen Ruf als Dichter und Autor erworben, ging er als Korrespondent für die Augsburger *Allgemeine Zeitung* nach Paris. Vier Jahre später verhängte die Bundesversammlung wegen seiner kritischen Kommentare zur zeitgenössischen deutschen Politik ein landesweites Veröffentlichungs- und Verbreitungsverbot seiner Bücher. Damit war eine offizielle literarische Laufbahn Heines innerhalb des Deutschen Bundes ausgeschlossen. Heine publizierte *Deutschland. Ein Wintermärchen* 1844 nach einem kurzen und wenig erquicklichen Aufenthalt im heimischen Rheinland. Die ersten Preußen, die ihn willkommen hießen, waren natürlich die Zollbeamten, die sein Gepäck auf das Gründlichste durchsuchten, eine Erfahrung, die Heine in einer Serie von vor Witz sprühenden Strophen zusammenfasste:

Es wä
den p
Haars
mit p
König
ralen
der Z
kanös
bei de
keiten
Litera
geben
Anc
gerad
Augu
lichke
gegen
Völk
zu G
war e
werke
sprac
da en

Beschnüffelten Alles, kramten herum
 In Hemden, Hosen, Schnupftüchern;
 Sie suchten nach Spitzen, nach Bijouterien,
 Auch nach verbotenen Büchern.

Ihr Toren, die Ihr im Koffer sucht!
 Hier werdet Ihr nichts entdecken!
 Die Contrebande, die mit mir reist,
 Die hab ich im Kopfe stecken.

[...]

Und viele Bücher trag ich im Kopf!
 Ich darf es Euch versichern,
 Mein Kopf ist ein zwitscherndes Vogelnest
 Von konfiszierlichen Büchern.

Es wäre absurd abzustreiten, dass sich in diesen Versen etwas Reales über den preußischen Staat widerspiegelte. Der schikanöse, humorlose, ans Haarspalterische grenzende Umgang der preußischen Zensurbehörden mit politisch Andersdenkenden wurde von Freidenkern im gesamten Königreich immer wieder bitter beklagt. Im Tagebuch des Berliner Liberalen Karl August Varnhagen von Ense ist immer wieder von der Bürde der Zensur die Rede. Varnhagen schrieb vom »Jammer kleinlicher, chikanöser, hemmender Aufsicht«, dem Erfindungsreichtum der Zensoren bei der Erfindung immer »neuer Quälereien, [...] Chikanen, Bedenklichkeiten und Weitläufigkeiten«, der frustrierenden Erfahrung, ein kritisches Literaturjournal unter der Willkürherrschaft des Zensurbüros herauszugeben.⁶⁸

Andererseits war, wie selbst Varnhagen wusste, die preußische Zensur geradezu lachhaft ineffektiv. Ihr eigentlicher Zweck bestand, wie er im August 1837 anmerkte, nicht darin, die Lesegewohnheiten der Öffentlichkeit zu reglementieren, sondern vielmehr darin, ihre eigene Existenz gegenüber dem Rest der königlichen Verwaltung zu rechtfertigen. »Das Volk mag lesen was es will, darin kann alles stehen; was aber dem König zu Gesichte kommen kann, das wird sorgfältig geprüft.«⁶⁹ So oder so war es ein Ding der Unmöglichkeit, den Handel mit verbotenen Druckwerken zu unterbinden. Die politische Fragmentierung des deutschsprachigen Europa machte den Zensurbehörden das Leben sehr schwer, da ein Werk, das in einem Staat verboten war, ohne Weiteres in einem

anderen Staat gedruckt und über die nur schwach bewachten Grenzen geschmuggelt werden konnte. Der radikale württembergische Händler Thomas Beck schmuggelte bei seinen häufigen Reisen ins preußische Rheinland bündelweise verbotene Schriften in seinem Hut verborgen über die Grenze.⁷⁰ »Ich bin jetzt ein ungeheurer Spediteur von verbotenen Büchern ins Preußische«, schrieb Friedrich Engels, Sohn eines frommen Textilfabrikanten aus Barmen, im November 1839 von Bremen aus an seinen Freund Wilhelm Gräber. »Der ›Franzosenfresser‹ von Börne in 4 Exemplaren, die ›Briefe aus Paris‹ von demselben, 6 Bände, Venedeys ›Preußen und Preußenthum‹, das strengstens verbotene, in 5 Exemplaren liegen zur Versendung nach Barmen bereit.«⁷¹ Selbst im gesamten Deutschen Bund verhängte Verbote wie das von Jakob Venedeys *Preußen und Preußenthum*, der wütende Angriff eines rheinischen Liberalen auf die preußische Verwaltung, blieben wirkungslos, weil die deutschen Buchhändler ihren Bestand an verbotenen Werken vor den Behörden zu verbergen wussten.⁷² Lieder, die auf ein, zwei Seiten Papier passten und zur Not auch auswendig gelernt werden konnten, waren noch schwieriger zu kontrollieren. Die Politisierung der Populärkultur konfrontierte die Regierungen mit einer Form des Widerstands, der sich aufgrund seiner informellen, wandelbaren und allgegenwärtigen Natur unmöglich wirksam unterbinden oder kontrollieren ließ.

Das Bild des preußischen Militärs mit seiner arroganten, affektierten und herablassenden Pose verkörperte für viele, zumal im radikalen Milieu, die schlimmsten Eigenschaften des Staatswesens. In Aachen, einer damals verschlafenen Textilstadt in der Rheinprovinz, einst Mittelpunkt des Fränkischen Reiches unter Karl dem Großen, erhaschte Heinrich Heine bei seiner Rückkehr den ersten Blick auf das preußische Militär:

Ich bin in diesem langweiligen Nest
Ein Stündchen herumgeschlendert.
Sah wieder preußisches Militär,
Hat sich nicht sehr verändert.

[...]

Noch immer das hölzern pedantische Volk,
Noch immer ein rechter Winkel
In jeder Bewegung, und im Gesicht
Der eingefrorene Dünkel.

Die öffentliche
stat her in d
ausgeprägt wa
Widerstand ge
Städten gehör
ten – insbeson
schicht – zur
Wache stande
abends unterm
zwischen Sold
von Wirtshäus
im Strafvollzu
den Schultern
in deren Zust
»Polizei-Dien
»Straßen und
und »überhat
dem oblag ih
nationen«, d
Schellen-Schl
kraft der zivil
nung häufig a
hielten sich d
Bintreffen des
ihrerseits die
und Langenb
im Umgang
verbalen War
mit Kavallerie
gen, dass dies
und Frankrei
Militärs wied
lau elf Mensc

Sie stelzen noch immer so steif herum,
 So kerzengrade geschniegelt,
 Als hätten sie verschluckt den Stock,
 Womit man sie einst geprügelt.

Die öffentliche Abneigung gegen das Militär variierte von seiner Intensität her in den einzelnen Provinzen des Königreiches. Am stärksten ausgeprägt war sie im Rheinland, genährt vom regionalen patriotischen Widerstand gegen das protestantische Berlin. In zahlreichen rheinischen Städten gehörten Auseinandersetzungen zwischen Soldaten und Zivilisten – insbesondere jungen Männern aus der Handwerker- und Arbeiterschicht – zur Tagesordnung. Soldaten, die vor öffentlichen Gebäuden Wache standen, gaben ein leichtes Ziel für die jungen Männer ab, die abends unterwegs waren, und viele gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Soldaten und Zivilisten ereigneten sich in oder in der Nähe von Wirtshäusern.⁷³ Verhasst waren die Soldaten auch wegen ihrer Rolle im Strafvollzug. Die Polizeiarbeit in den preußischen Städten ruhte auf den Schultern einer kleinen Zahl schlecht ausgebildeter Wachtmeister, in deren Zuständigkeit eine Vielzahl von Aufgaben fiel. So waren die »Polizei-Diener« in Iserlohn laut einer Anordnung von 1843 gehalten, »Straßen und Abflusskanäle« rein zu halten, Hindernisse zu beseitigen und »überhaupt »Düngerkuhlen« zu entfernen oder abzusichern, zudem oblag ihnen die »Besorgung der Vorladungen, Bestellungen, Insinuationen«, die »Besorgung der amtlichen Bekanntmachungen durch Schellen-Schlag« und vieles mehr.⁷⁴ Aufgrund der begrenzten Schlagkraft der zivilen Polizei mussten die Behörden zur Herstellung der Ordnung häufig auf das Militär zurückgreifen. Bei größeren Zwischenfällen hielten sich die wenigen lokalen Wachtmeister im Allgemeinen bis zum Eintreffen des Militärs zurück, während die Menge die Zeit nutzte, um ihrerseits die Initiative zu ergreifen – eben wie es 1844 in Peterswaldau und Langenbielau passierte. Die Militärkommandeure, wenig erfahren im Umgang mit Massenunruhen, neigten ihrerseits dazu, abrupt von verbalen Warnungen zu gewaltsamem Vorgehen zu wechseln, mitunter mit Kavallerie- oder Schusswaffeneinsatz. Man muss allerdings hinzufügen, dass dies kein spezifisch preußisches Problem war. Auch in England und Frankreich war es die Norm, die öffentliche Ordnung mit Hilfe des Militärs wiederherzustellen. Und die extreme Gewalt, die in Langenbielau elf Menschen das Leben kostete, war ebenso wenig typisch für die

Zustände in Preußen wie das Peterloo-Massaker im Jahre 1819 für die Polizeimethoden im damaligen Großbritannien (bei einer Kavallerietatcke während einer Protestkundgebung gegen Getreidezölle am 16. August 1819 bei Manchester wurden ebenfalls elf Personen getötet und über 400, davon viele Frauen und Kinder, verletzt).

Großbritannien war natürlich – wie Englandreisende nicht müde wurden zu betonen – ein unvergleichlich liberaleres Staatswesen, aber nicht notwendigerweise auch ein humaneres. Die Briten tolerierten staatliche Gewalt in einem Maße, wie sie in Preußen undenkbar gewesen wäre. Die Zahl der Todesurteile in Preußen schwankte in der Zeit von 1818 bis 1847 zwischen 21 und 33 pro Jahr. Die Zahl der tatsächlich vollstreckten Todesstrafen lag – dank des großzügig praktizierten königlichen Gnadenerlasses, der in dieser Zeit zu so etwas wie einem Kennzeichen der souveränen Machtausübung geriet – mit fünf bis sieben pro Jahr weit darunter. Im Gegensatz dazu wurden im Durchschnitt der Jahre 1816 bis 1835 in England und Wales, dessen Bevölkerung mit zusammen 16 Millionen in etwa der Preußens entsprach, jährlich 1137 Todesstrafen ausgesprochen. Auch hier wurde nur ein kleiner Teil der Urteile (unter zehn Prozent) tatsächlich vollstreckt, dennoch übertraf die Zahl der Exekutierten in England und Wales die der in Preußen um den Faktor 16 zu 1. Und während die überwiegende Mehrheit der Todesurteile in England und Wales für Eigentumsdelikte (zum Teil sehr geringfügige) verhängt wurde, war diese Strafe in Preußen fast ausschließlich Mördern vorbehalten. Die einzige »politische« Hinrichtung der vorrevolutionären Zeit war die des Bürgermeisters Tschsch, der wegen eines Mordanschlags auf den König des Hochverrats für schuldig befunden worden war.⁷⁵ Kurz gesagt: Es gab in Preußen kein Gegenstück zu dem massenhaften Sterben unter dem Galgen, das England unter dem »Blutgesetz« erlebte.

So furchtbar das Leid der Armen in Preußen in den Hungersnöten der 1840er Jahre auch gewesen sein mag, es verblasste vor dem Elend der Hungerkatastrophe, die das unter britischer Herrschaft stehende Irland heimsuchte, deren Ursachen wir heute im Zusammenwirken von Verwaltungsfehlern und der Dynamik des freien Marktes sehen. Wären die Polen in Preußen von einer vergleichbaren Hungersnot dahingerafft worden, würden wir darin heute vielleicht Vorboten der Naziherrschaft nach 1939 sehen. Man darf nicht vergessen, dass die Preußen in Polen in einer Zwangslage steckten, die so in Irland nicht bestanden hatte. Polen

war die i
die Preu
schen Int
Legitimit
gleich ab
Spielraum
derung e
führende
rangsrati
nicht ver
einer zeh
durchaus
Politik w
henteigur
Abgeseht
von 1830
Loyalität
In den
beliebte
russische
radikale
schlesisch
politisch
ein Verbi
Isde ver
russische
in Schles
lose Port
/agers m
seine Un
weiterer
preußisch
ein tiefes
[und] da

1819 für die
Kavallerieat-
e am 16. Au-
getötet und

nicht müde
swesen, aber
n tolerierten
kbar gewesen
der Zeit von
sächlich voll-
ierten könig-
nem Kennzei-
is sieben pro
mitt der Jahre
it zusammen
7 Todesstrafen
Urteile (unter
die Zahl der
m den Faktor
odesurteile in
geringfügige)
ßlich Mördern
orrevolutionä-
eines Mordan-
unden worden
1 dem massen-
m »Blutgesetz«

ngersnöten der
dem Elend der
stehende Irland
irken von Ver-
hen. Wären die
ot dahingerafft
Naziherrschaft
ßen in Polen in
len hatte. Polen

war die unruhige Grenze zwischen Preußen und dem Zarenreich, und die Preußen mussten bei allem, was sie in der Region taten, die russischen Interessen mit bedenken. Natürlich wies die preußische Krone die Legitimität der nationalistischen polnischen Forderungen zurück, zugleich aber gewährte sie ihren polnischen Untertanen einen gewissen Spielraum bei der Pflege ihrer eigenen Nationalität. Die staatliche Förderung des polnischsprachigen Unterrichts in den Volks- und weiterführenden Schulen bewirkte einen starken Anstieg der Alphabetisierungsraten im preußisch besetzten Teil Polen-Litauens. Natürlich darf nicht verschwiegen werden, dass es unter Oberpräsident Flottwell zu einer zehnjährigen Phase der Assimilierung durch »Germanisierung« kam, durchaus ein Vorgeschmack auf spätere Entwicklungen. Doch diese Politik wurde wenig systematisch betrieben und endete mit der Thronbesteigung des romantischen Polenliebhabers Friedrich Wilhelm IV. Abgesehen davon muss sie als Reaktion auf die polnische Revolution von 1830 gesehen werden, die ernsthafte Bedenken an der politischen Loyalität der Provinz geweckt hatte.

In den frühen vierziger Jahren war Preußisch-Polen nach wie vor eine beliebte Zuflucht für politische Exilanten von jenseits der Grenze. Auch russische Dissidenten fanden ihren Weg nach Preußen. So schrieb der radikale Literaturkritiker Wissarion Grigorijewitsch Belinskij 1847 im schlesischen Salzbrunn seinen berühmten *Brief an Gogol*, in dem er die politische und soziale Rückständigkeit seiner russischen Heimat beklagte, ein Verbrechen, für das ihn ein russisches Gericht in Abwesenheit zum Tode verurteilte. Der Protestschrei, der daraufhin durch die Reihen der russischen Dissidenten hallte, war so laut, dass Turgenjew, der Belinskij in Schlesien besuchte, die Erzählung *Der Gutsverwalter*, das schonungslose Porträt eines tyrannischen Grundherren in *Aufzeichnungen eines Jägers* mit »Salzbrunn, 1847« signierte, ein verschlüsselter Hinweis auf seine Unterstützung von Belinskij's Kritik. Im selben Jahr überschritt ein weiterer russischer Radikaler, Alexander Herzen, von Osten her die preußische Grenze. Bei seiner Ankunft in Königsberg bekundete Herzen ein tiefes Empfinden der Erleichterung: »Die unerfreulichen Angstgefühle [und] das bedrückende Misstrauen sind wie hinweggewischt.«⁷⁶

- 86 Siehe zum Beispiel Otto Dann, *Nation und Nationalismus in Deutschland 1770–1990*, München 1993, S. 86f.; Schulze, *Der Weg zum Nationalstaat*, S. 63ff.; Dieter Langewiesche, »Für Volk und Vaterland kräftig zu wirken«: Zur politischen und gesellschaftlichen Rolle der Turner zwischen 1811 und 1871«, in: Ommo Grube (Hg.), *Kulturgut oder Körperkult? Sport und Sportwissenschaft im Wandel*, Tübingen 1990, S. 22–61; Dieter Düding, *Organisierter gesellschaftlicher Nationalismus in Deutschland (1808–1847). Bedeutung und Funktion der Turner- und Sängervereine für die deutsche Nationalbewegung*, München 1984, S. 85f. Meine Darstellung der Turnbewegung stützt sich weitgehend auf die ausgezeichnete Analyse der frühen Nationalbewegung von Düding.
- 87 »Grundsätze und Beschlüsse der Wartburgfeier, den studierenden Brüdern auf anderen Hochschulen zur Annahme, dem gesamten Vaterlande zur Würdigung vorgelegt von den Studierenden in Jena«, Grundsätze § 3. Dieses Dokument, das auf Anregung des Jenaer Historikers Heinrich Luden im Dezember 1817 geschrieben wurde, ist transkribiert in H. Ehrentreich, »Heinrich Luden und sein Einfluß auf die Burschenschaft«, in: Herman Haupt (Hg.), *Quellen und Darstellungen*, 17 Bde, Heidelberg 1910–1940, Bd. 4 (1913), S. 48–129 (Text auf S. 113–129, Zitate aus S. 114, 117).
- 88 Zur Romantik und dem Aufkommen einer »Erlebniskunst« siehe Joseph Leo Koerner, *Caspar David Friedrich and the Subject of Landscape*, London 1990, S. 13, 109.
- 89 Nipperdey, *Deutsche Geschichte*, S. 280.
- 90 Dietmar Klenke, »Nationalkriegerisches Gemeinschaftsideal als politische Religion. Zum Vereinsnationalismus der Sänger, Schützen und Turner am Vorabend der Einigungskriege«, in: *Historische Zeitschrift*, 260 (1995), S. 395–448.
- 91 Leopold von Gerlach, Tagebuch, Breslau, Februar 1813, Bundesarchiv Potsdam, 90 Ge 6 Tagebuch Leopold von Gerlach, 1, Bl. 60.
- 92 Stein an Graf Münster (Hannoverscher Minister in London), St. Petersburg, 1. Dezember 1812, zitiert in Walther Hubatsch (Hg.), *Freiherr vom Stein. Briefe und amtliche Schriften*, 10 Bde., Stuttgart 1957–1974, Bd. 3, S. 818; siehe auch John R. Seeley, *The Life and Times of Stein, or: Germany and Prussia in the Napoleonic Age*, 3 Bde, Cambridge 1878, Bd. 3, S. 17; Ritter, *Stein*, S. 408.
- 93 Einschlägige Beispiele finden sich in Johann Gustav Droysen, *Vorlesungen über die Freiheitskriege*, Kiel 1846; Heinrich Sybel, *Die Erhebung Europas gegen Napoleon I.*, München 1860. Siehe auch Joachim Streisand, »Wirkungen und Beurteilungen der Befreiungskriege«, in: Fritz Straube (Hg.), *Das Jahr 1813. Studien zur Geschichte und Wirkung der Befreiungskriege*, Berlin [Ost] 1963, S. 235–251. Zur Nationalisierung preußischer Symbole Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts siehe Demandt, *Luisenkult*, S. 379–430; Svenja Goltermann, *Körper der Nation: Habitusformierung und die Politik des Turnens, 1860–1890*, Göttingen 1998 und Rainer Lübbren, *Swinegel Umland. Persönlichkeiten im Spiegel von Straßennamen*, Heiloo 2001, S. 32–41. Wie Lübbren darlegt, sind heute mehr Straßen nach Friedrich Ludwig Jahn benannt als nach einer anderen deutschen historischen Persönlichkeit, mit Ausnahme Schillers. Zu Jena 1806 als nationales Symbol siehe Jürgen John, »Jena 1806: Symboldatum der Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts«, in: Fesser und Jonscher (Hg.), *Umbruch im Schatten Napoleons*, S. 177–195.

Kapitel 12: »Der Gang Gottes in der Welt«

- 1 Zur Krise um Polen und Sachsen siehe Schroeder, *Transformation*, S. 523–538; Stamm-Kuhlmann, *König in Preußens großer Zeit*, S. 399ff.
- 2 Michael Rowe, *From Reich to State. The Rhineland in the Revolutionary Age, 1780–1830*, Cambridge 2003, S. 214.
- 3 Schroeder, *Transformation*, S. 544.
- 4 Metternich an Trauttmannsdorff, 18. März 1828, zitiert in: Lawrence J. Baack,

- Christian Bernst*
New Brunswick,
5 Wehler, *Deutsche*
6 Rolf Dumke, »Ta
Economic Integr
zation, London 1
7 Wolfram Fischer
13 (1960), S. 65–8
Lee, »Relative Bi
phic and Social C
1830–1947, Harlo
8 Die klassische St
lands Weg zur Gr
Prolegomena zu
20. Jahrhundert,
Zollverein habe
die Dominierun
deutsche Gesells
9 Eine reversionisti
einem Überblick
sian Zollverein a
Prussian History
10 Baack, *Christian*
11 Zur Krise von 18
States, Rights an
Angelow, *Von W
europäischen Gl
12 Zitiert in: Johan
Jahren 1830–183
S. 50.
13 Ludwig I. an Fri
Gesandtschaftsb
preußischen Ges
Landesgeschicht
14 Rühle von Lillie
Christian Bernst
15 Ebenda, S. 284–
16 Robert D. Billin
liam IV and the
Helmut Rumpke
München 1990,
17 Hess an Metteri
Songs«, S. 103.
18 Hess an Metteri
19 William Russell
Mösslang, Sabir
1816–1866, 3 Bde
20 William Russell
21 Zur Beteiligung
mit einem abso
in Preußens gro
22 Winfried Baum
(= Handbuch d
1999, S. 243.
23 Die Darstellung*

Schland 1770–
S. 63ff.; Dieter
politischen und
mmo Grupe
Wandel, Tübingen
Nationalismus in
d Sängervereine
Darstellung der
lyse der frühen

Brüdern auf
r Würdigung
Dokument, das
er 1817 geschrie-
nd sein Einfluß
arstellungen,
13–129, Zitate aus

Joseph Leo
on 1990, S. 13, 109.

litische Religion.
Vorabend der
1,
hiv Potsdam,

Petersburg,
Stein. Briefe und
auch John R.
Napoleonic Age,

lesungen über die
gen Napoleon I.,
beurteilungen
ien zur Geschichte
r Nationalisie-
underts siehe
Nation: Habitus-
und Rainer
mamen, Heiloo
h Friedrich Lud-
Persönlichkeit,
Jürgen John,
derts«, in: Fesser

S. 523–538;

mary Age,

ce J. Baack,

- Christian Bernstorff and Prussia. Diplomacy and Reform Conservatism 1818–1832*, New Brunswick, NJ, 1980, S. 126.
- 5 Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 2, S. 125–139, hier S. 129.
 - 6 Rolf Dumke, »Tariffs and Market Structure: the German Zollverein as a Model for Economic Integration«, in: W. Robert Lee (Hg.), *German Industry and Industrialization*, London 1991, S. 77–115, hier S. 84.
 - 7 Wolfram Fischer, »The German Zollverein. A Study in Customs Union«, in: *Kyklos*, 13 (1960), S. 65–89; William O. Henderson, *The Zollverein*, London 1968; W. Robert Lee, »Relative Backwardness and Long-run Development. Economic, Demographic and Social Changes«, in: Philip G. Dwyer (Hg.), *Modern Prussian History 1830–1947*, Harlow 2001, S. 61–87, hier S. 81ff.
 - 8 Die klassische Studie, die in dieser Tradition steht, ist Helmut Böhme, *Deutschlands Weg zur Großmacht*, Köln 1966, siehe insbesondere S. 211–215; derselbe, *Prolegomena zu einer Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt am Main 1968. Ein aktuelleres Werk, das die These, der Zollverein habe die Basis für Preußens industrielle Überlegenheit und damit für die Dominierung des deutschen Nationalstaats geschaffen vertritt, ist Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 2, S. 134f., Bd. 3, S. 288f., 556.
 - 9 Eine revisionistische Analyse der wirtschaftlichen Folgen des Zollvereins, mit einem Überblick über die aktuelle Literatur, bietet Hans-Joachim Voth, »The Prussian Zollverein and the Bid for Economic Superiority«, in: Dwyer (Hg.), *Modern Prussian History*, S. 109–125.
 - 10 Baack, *Christian Bernstorff*, S. 337.
 - 11 Zur Krise von 1830 siehe Robert D. Billinger Jr., *Metternich and the Germans. States, Rights and Federal Duties, 1820–1834*, Newark, DE, 1991, S. 50–109; Jürgen Angelow, *Von Wien nach Königgrätz. Die Sicherheitspolitik des deutschen Bundes im europäischen Gleichgewicht (1815–1866)*, München 1996, S. 97–106.
 - 12 Zitiert in: Johann Gustav Droysen, »Zur Geschichte der preußischen Politik in den Jahren 1830–1832«, in: Derselbe, *Abhandlungen zur neueren Geschichte*, S. 3–131, hier S. 50.
 - 13 Ludwig I. an Friedrich Wilhelm III., 17. März 1831, in: Anton Chroust (Hg.), *Gesandtschaftsberichte aus München 1814–1848, Abteilung III, Die Berichte der preußischen Gesandten*, 5 Bde, München 1950 (= Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte, Bd. 40), Bd. 2, S. 196f., Anm. 1.
 - 14 Rühle von Lilienstern an Friedrich Wilhelm III., 27. März 1831, zitiert in: Baack, *Christian Bernstorff*, S. 271f.
 - 15 Ebenda, S. 284–294.
 - 16 Robert D. Billinger, »They Sing the Best Songs Badly: Metternich, Frederick William IV and the German Confederation during the War Scare of 1840–41«, in: Helmut Rumpler (Hg.), *Deutscher Bund und Deutsche Frage 1815–1866*, Wien, München 1990, S. 94–113; Angelow, *Von Wien nach Königgrätz*, S. 114–125, hier S. 104.
 - 17 Hess an Metternich, Berlin, 5. Februar 1841, zitiert in: Billinger, »They Sing the Best Songs«, S. 103.
 - 18 Hess an Metternich, 4. März 1841, zitiert ebenda, S. 109f.
 - 19 William Russell an Viscount Palmerston, Berlin, 18. September 1839, in: Markus Mösslang, Sabine Freitag und Peter Wende (Hg.), *British Envoys to Germany, 1816–1866*, 3 Bde., Cambridge 2002, Bd. 2: 1830–1847, S. 180.
 - 20 William Russell an Viscount Palmerston, Berlin, 3. Mai 1837, ebenda, S. 160.
 - 21 Zur Beteiligung des Zaren an Bemühungen, die preußische Monarchie dauerhaft mit einem absolutistischen System zu verknüpfen, siehe Stamm-Kuhlmann, *König in Preußens großer Zeit*, S. 557.
 - 22 Winfried Baumgart, *Europäisches Konzert und nationale Bewegung 1830–1878* (= Handbuch der Geschichte der Internationalen Beziehungen, Bd. 6), Paderborn 1999, S. 243.
 - 23 Die Darstellung dieser Ereignisse stützt sich auf die Analyse in George S. William-

- son, »What killed August von Kotzebue?«, in: *Journal of Modern History*, 72 (2000), S. 890–943. Zitat nach Nipperdey, *Deutsche Geschichte*, S. 281f. und Günther Heydemann, *Carl Ludwig Sand. Die Tat als Attentat*, Hof an der Saale 1985, S. 90, 92.
- 24 De Wette an Sands Mutter, 31. März 1819, zitiert in Heydemann, *Carl Ludwig Sand*, S. 133; dazu auch Matthew Levinger, *Enlightened Nationalism. The Transformation of Prussian Political Culture 1808–1848*, Oxford 2000, S. 142; Auszüge in Nipperdey, *Deutsche Geschichte*, S. 282.
- 25 Siehe Edith Ennen, *Ernst Moritz Arndt 1769–1860*, Bonn 1968, S. 22–28; Karl Heinz Schäfer, *Ernst Moritz Arndt als politischer Publizist. Studien zur Publizistik, Pressepolitik und kollektivem Bewußtsein im frühen 19. Jahrhundert*, Bonn 1974, S. 143, 212–216.
- 26 Schoeps, *Not und Erneuerung*, S. 35, 210f.
- 27 Thomas Stamm-Kuhlmann, »Restoration Prussia, 1786–1848«, in: Dwyer (Hg.), *Modern Prussian History*, S. 43–65; Levinger, *Enlightened Nationalism*, S. 135f.; Eric Dorn Brose, *The Politics of Technological Change in Prussia. Out of the Shadow of Antiquity*, Princeton, NJ, 1993, S. 53–56.
- 28 Siehe zum Beispiel Hardenberg an Wittgenstein, Berlin, 4. April 1819, in: Hans Branig (Hg.), *Briefwechsel des Fürsten Karl August v. Hardenberg mit dem Fürsten Wilhelm Ludwig von Sayn-Wittgenstein, 1806–1822* (= Veröffentlichungen aus den Archiven Preußischer Kulturbesitz, Bd. 9), Köln 1972, S. 248; Levinger, »Hardenberg, Wittgenstein and the Constitutional Question«.
- 29 Metternich an Wittgenstein, Aachen, 14. November, in: Richard von Metternich-Winneburg, *Aus Metternich's nachgelassenen Papieren*, 8 Bde, Wien 1880–1884, Bd. 3, S. 171.
- 30 Jonathan Sperber, *Rhineland Radicals. The Democratic Movement and the Revolution of 1848–1849*, Princeton, NJ, 1991, S. 39f.
- 31 Gustav Croon, *Der Rheinische Provinziallandtag bis zum Jahre 1874. Im Auftrage des Rheinischen Provinzialausschusses*, Düsseldorf 1918, nachgedruckt Bonn, 1974, S. 30–41.
- 32 Neugebauer, *Politischer Wandel*, S. 318.
- 33 Koselleck, *Preußen zwischen Reform und Revolution*; zum Vergleich für Bayern Demel, *Der bayerische Staatsabsolutismus 1806/08–1817*. Zur Historiografie der Reformära siehe Paul Nolte, »Vom Paradigma zur Peripherie der historischen Forschung? Geschichten der Verfassungspolitik in der Reformzeit«, in: Stamm-Kuhlmann, »Freier Gebrauch der Kräfte«, S. 197–216.
- 34 Jörg van Norden, *Kirche und Staat im preußischen Rheinland 1815–1838. Die Genese der Rheinisch-Westfälischen Kirchenordnung vom 5. 3. 1835*, Köln 1991.
- 35 Dirk Blasius, »Der Kampf um die Geschworenengerichte im Vormärz«, in: Hans-Ulrich Wehler (Hg.), *Sozialgeschichte heute. Festschrift für Hans Rosenberg zum 70. Geburtstag*, Göttingen 1974; Christina von Hodenberg, *Die Partei der Unparteiischen. Der Liberalismus der preußischen Richterschaft 1815–1848/49*, Göttingen 1996, S. 80.
- 36 Kenneth Barkin, »Social Control and Volksschule in Vormärz Prussia«, in: *Central European History*, XVI (1983), S. 31–52.
- 37 Horace Mann, *Report on an Educational Tour in Germany and Parts of Great Britain and Ireland*, London 1846, S. 163.
- 38 Karl-Ernst Jeismann, *Das preußische Gymnasium in Staat und Gesellschaft*, 2 Bde, Stuttgart, 1996, Bd. 2, S. 114f.
- 39 Das ist eins der zentralen Themen von Levinger, *Enlightened Nationalism*.
- 40 Das Standardwerk zur parlamentarischen Politik in Preußen vor 1848 ist immer noch die erschöpfende Studie von Herbert Obenaus, *Anfänge des Parlamentarismus in Preußen bis 1848*, Düsseldorf, 1984, S. 202–209. Siehe auch Neugebauer, *Politischer Wandel*, S. 312–317.
- 41 Neugebauer, *Politischer Wandel*, S. 174, 179, Zitat S. 390.
- 42 Ebenda, S. 390, 396f, 583–594.
- 43 Neugebauer, *Politischer Wandel*.
- 44 Hagen, *Germans, Politics and Society, 1848–1914*, Paris 2001.
- 45 Thomas Serrier, *Enlightened Nationalism in Prussia. A Study of the Transformation of Prussian Political Culture 1808–1848*, Paris 2005).
- 46 Georg W. Strobel, *Die deutsche Arbeiterbewegung 1830/31*, München 1971.
- 47 Zitat von Flottwell, *Die Verwaltung der Provinz Preußen*, Material stammt aus dem Archiv der preußischen Verwaltung, Berlin 1937.
- 48 Alfred Hartlieb von der Goltz, »Der Rheinische Staat«, in: Peter B. Krug, *Die Rheinlande. Eine Geschichte der neugewonnenen Gebiete*, Göttingen 1991, S. 100.
- 49 Croon, *Der Rheinische Provinziallandtag bis zum Jahre 1874*, S. 39f.
- 50 James M. Brophy, *The Rhine Province. A Study of the Sphere in the Rhine Province*, Göttingen 1991, S. 100.
- 51 Treitschke, *Deutsche Geschichte*, Bd. 1, S. 171.
- 52 Brief von R. Smit, *Journal of the Jewish People in Israel*, 13 (1828), S. 100.
- 53 Zitiert in: Fritz Fischer, *Die deutsche Kriegsmarine 1815–1919*, Berlin 1937, S. 100.
- 54 Adalbert von der Goltz, *Die Rheinlande. Eine Geschichte der neugewonnenen Gebiete*, Göttingen 1991, S. 100.
- 55 Ebenda, Bl. 29 (1828).
- 56 Gerlach, »Das Königtum 1815–1848«, in: *Die Rheinlande. Eine Geschichte der neugewonnenen Gebiete*, Göttingen 1991, S. 100.
- 57 J. von Gerlach, *Die Rheinlande. Eine Geschichte der neugewonnenen Gebiete*, Göttingen 1991, S. 100.
- 58 Friedrich Wiegand, *Die Rheinlande. Eine Geschichte der neugewonnenen Gebiete*, Göttingen 1991, S. 100.
- 59 Christopher Clark, *The Revolution and Restoration in Prussia*, Cambridge 1996, S. 100.
- 60 Siehe zum Beispiel Clark, *The Revolution and Restoration in Prussia*, S. 100.
- 61 Zu einem Vergleich siehe Clark, *The Revolution and Restoration in Prussia*, S. 217–235.
- 62 Helga Franz-Ikinger, *Die Rheinlande. Eine Geschichte der neugewonnenen Gebiete*, Göttingen 1991, S. 30–60.
- 63 Rulemann, *Die Rheinlande. Eine Geschichte der neugewonnenen Gebiete*, Göttingen 1991, Bd. 3, S. 304.

- Modern History*, 72 (2000), 281f. und Günther an der Saale 1985,
- mann, *Carl Ludwig Sand, lism. The Transformation* 2; Auszüge in Nipperdey, 968, S. 22–28; Karl Heinz en zur Publizistik, *Presse- dert*, Bonn 1974, S. 143,
- 1848«, in: Dwyer (Hg.), *Nationalism*, S. 135f.; Eric sia. *Out of the Shadow of*
4. April 1819, in: Hans denberg mit dem Fürsten öffentlichungen aus den 248; Levinger, »Harden-
- Richard von Metternich- 8 Bde, Wien 1880–1884,
- Movement and the Revolu- 1 Jahre 1874. Im Auftrage achgedruckt Bonn, 1974,*
- m Vergleich für Bayern Zur Historiografie der herie der historischen For- rmzeit«, in: Stamm-Kuhl-
- mland 1815–1838. *Die Genese* 135, Köln 1991.
 te im Vormärz«, in: Hans- für Hans Rosenberg zum erg, *Die Partei der Unpar- t 1815–1848/49*, Göttingen
- ormärz Prussia«, in: *Central any and Parts of Great*
- aat und Gesellschaft, 2 Bde,
- htened Nationalism. reußen vor 1848 ist immer Anfänge des Parlamentaris- Siehe auch Neugebauer,
- 42 Ebenda, S. 390, 396f., 399, 401, 404. Siehe auch Obenaus, *Anfänge*, S. 407–410, 583–594.
- 43 Neugebauer, *Politischer Wandel*, S. 430f.
- 44 Hagen, *Germans, Poles and Jews*, S. 79.
- 45 Thomas Serrier, *Entre Allemagne et Pologne. Nations et Identités Frontalières, 1848–1914*, Paris 2002, insbesondere S. 37–51 (dt.: *Provinz Posen, Ostmark, Wielkopolska. Eine Grenzregion zwischen Deutschen und Polen, 1848–1914*, Marburg 2005).
- 46 Georg W. Strobel, »Die liberale deutsche Polenfreundschaft und die Erneuerungsbewegung Deutschlands«, in: Peter Ehlen (Hg.), *Der polnische Freiheitskampf 1830/31*, München 1982, S. 31–47, hier S. 33.
- 47 Zitat von Flottwell aus dem Verwaltungsbericht für 1831, in: Manfred Laubert, *Die Verwaltung der Provinz Posen 1815–47*, Breslau 1923, S. 114–117, hier S. 115; das übrige Material stammt aus Hagen, *Germans, Poles and Jews*, S. 87–91; Irene Berger, *Die preußische Verwaltung des Regierungsbezirks Bromberg (1815–1847)*, Köln 1966, S. 71.
- 48 Alfred Hartlieb von Wallthor, »Die Eingliederung Westfalens in den preußischen Staat«, in: Peter Baumgart (Hg.), *Expansion und Integration. Zur Eingliederung neugewonnener Gebiete in den preußischen Staat*, Köln 1984, S. 227–254, hier S. 251.
- 49 Croon, *Der Rheinische Provinziallandtag*, S. 116.
- 50 James M. Brophy, *Joining the Political Nation. Popular Culture and the Public Sphere in the Rhineland, 1800–1850* (in Kürze: Cambridge 2007). Ich möchte Professor Brophy für die Erlaubnis danken, aus dem noch unveröffentlichten Typoskript seines Buches zu zitieren.
- 51 Treitschke, *Deutsche Geschichte*, Bd. 5, S. 141.
- 52 Brief von R. Smith an das Komitee der »London Society for Promoting Christianity among the Jews«, 17. Dezember 1827, in: *The Jewish Expositor and Friend of Israel*, 13 (1828), S. 266.
- 53 Zitiert in: Fritz Fischer, *Moritz August von Bethmann Hollweg und der Protestantismus*, Berlin 1937, S. 70.
- 54 Adalbert von der Recke, *Tagebuch für die Rettungsanstalt zu Düsseldorf 1822–1823*, Archiv der Graf-Recke-Stiftung Düsseldorf 1822–3, Bl. 8 (19. Januar 1822).
- 55 Ebenda, Bl. 29 (3. Februar 1822).
- 56 Gerlach, »Das Königreich Gottes«, in: *Evangelische Kirchenzeitung*, 68 (1861), Spalten 438–454, hier Sp. 438f.
- 57 J. von Gerlach (Hg.), *Ernst Ludwig von Gerlach. Aufzeichnungen aus seinem Leben und Wirken 1795–1877*, Schwerin 1903, S. 132, 149f.
- 58 Friedrich Wiegand, »Eine Schwärmerbewegung in Hinterpommern vor hundert Jahren«, in: *Deutsche Rundschau*, 189 (1921), S. 323–336, hier S. 333.
- 59 Christopher Clark, »The Napoleonic Moment in Prussian Church Policy«, in: David Laven und Lucy Riall (Hg.), *Napoleon's Legacy. Problems of Government in Restoration Europe*, Oxford, 2000, S. 217–235, hier S. 223; Christopher Clark, »Confessional Policy and the Limits of State Action: Frederick William III and the Prussian Church Union 1817–1840«, in: *Historical Journal*, 39 (1996), S. 985–1004.
- 60 Siehe zum Beispiel GStA Berlin-Dahlem, HA I Rep. 76 III, Sekt. 1, Abt. XIIIa, Nr. 5, Bd. 1.
- 61 Zu einem Vergleich zwischen der Preußischen Union und dem Konkordat siehe Clark, »The Napoleonic Moment«, in: Laven und Riall (Hg.), *Napoleon's Legacy*, S. 217–235.
- 62 Helga Franz-Duhme und Ursula Röper-Vogt (Hg.), *Schinkels Vorstadtkirchen. Kirchenbau und Gemeindegründung unter Friedrich Wilhelm III. in Berlin*, Berlin 1991, S. 30–60.
- 63 Rulemann Friedrich Eylert, *Charakterzüge und historische Fragmente aus dem Leben des Königs von Preußen Friedrich Wilhelm III.*, 3 Bde, Magdeburg 1844ff., Bd. 3, S. 304.

- 64 Verwaltung von Frankfurt/Oder an Rochow, Frankfurt an der Oder, 9. Juni 1836, GStA Berlin-Dahlem, HA I, Rep. 76 III, Sekt. I, Abt. XIIIa, Nr. 5, Bd. 2, Bl. 207f.
- 65 Huschke, Steffens, Gempler, von Haugwitz, Willisch, Helling, Schleicher, Mühsam, Kaestner, Mage und Borne an Friedrich Wilhelm III., Breslau, 23. Juni 1830, GStA Berlin-Dahlem, HA I, Rep. 76 III, Sekt. 15, Abt. XVII, Nr. 44, Bd. 1. Mit dem Begriff »Väter« auf frühere Generationen zu verweisen, ist in lutherischen Petitionsschreiben üblich.
- 66 *Neue Würzburger Zeitung*, 22. Juni 1838, transkribiert in GStA Berlin-Dahlem, HA I, Rep. 76 III, Sekt. I, Abt. XIIIa, Nr. 5, Bd. 2, Bl. 135.
- 67 Zitiert in Stamm-Kuhlmann, *König in Preußens großer Zeit*, S. 544.
- 68 Nils Freytag, *Aberglauben im 19. Jahrhundert. Preußen und die Rheinprovinz zwischen Tradition und Moderne (1815–1918)*, Berlin 2003, S. 117f.
- 69 Christoph Weber, *Aufklärung und Orthodoxie am Mittelrhein 1820–1850*, München 1973, S. 46f.
- 70 Freytag, *Aberglauben*, S. 322–333.
- 71 Ebenda, S. 333–344.
- 72 Zu Schönherr siehe H. Olshausen, *Leben und Lehre des Königsberger Theosophen Johann Heinrich Schoenherr*, Königsberg 1834.
- 73 Pfarrer Diestel an das Königsberger Konsistorium, 15. Oktober 1835, GStA Berlin-Dahlem, HA I, Rep. 76 III, Sekt. 2, Abt. XVI, Nr. 4, Bd. 1.
- 74 Die Darstellung stützt sich auf zeitgenössische Presseberichte in Samuel Laing, *Notes of a Traveller on the Social and Political State of France, Prussia, Switzerland, Italy and Other Parts of Europe during the Present Century*, London 1854, S. 109f.
- 75 Nähere Einzelheiten zur Affäre um Schönherr-Ebel siehe die Akten in GStA Berlin-Dahlem, HA I, Rep. 76 III, Sekt. 2, Abt. XVI, Nr. 4, Bde. 1 und 2. Siehe auch S. Konschel, *Der Königsberger Religionsprozeß gegen Ebel und Diestel*, Königsberg 1909; und Ernst Wilhelm Graf von Kanitz, *Aufklärung nach Actenquellen. Über den 1835 bis 1842 zu Königsberg in Preußen geführten Religionsprozeß für Welt- und Kirchengeschichte*, Basel 1862.
- 76 Empfehlung des Finanzministeriums, 28. November 1816, in: Freund, *Die Emanzipation der Juden*, Bd. 2, S. 475–496, hier S. 482f.
- 77 Fischer, *Judentum, Staat und Heer*, S. 95.
- 78 Friedrich Wilhelm III., Kabinettsorder vom 14. Juni 1824, reproduziert im Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz (Hg.), *Juden in Preußen: Ein Kapitel deutscher Geschichte*, Dortmund 1981, S. 195; Nathan Samter, *Judentaufen im 19. Jahrhundert*, Berlin 1906, S. 37. Allgemein zu Burg siehe die aktuelle Ausgabe seiner Memoiren: Meno Burg, *Geschichte meines Dienstlebens. Erinnerungen eines jüdischen Majors der preußischen Armee*, Berlin 1998.
- 79 Zu dieser Politik siehe Christopher Clark, »The Limits of the Confessional State: Conversions to Judaism in Prussia 1814–1843«, in: *Past & Present*, 147 (1995), S. 159–179.
- 80 Clark, *Politics of Conversion*.
- 81 Kabinettsorder von Friedrich Wilhelm III., in Auszügen zitiert in einem Rundschreiben an alle kirchlichen Superintendenten, 18. Oktober 1821, Evangelisches Zentralarchiv, Berlin, 9/37.
- 82 Friedrich Julius Stahl, *Der christliche Staat und sein Verhältniss zum Deismus und Judenthum. Eine durch die Verhandlungen des vereinigten landtages hervorgerufene Abhandlung*, Berlin 1847, S. 7, 27, 31ff. Zur Debatte im Vereinigten Landtag siehe Wanda Kampmann, *Deutsche und Juden. Studien zur Geschichte des deutschen Judentums*, Heidelberg 1963, S. 189–205. Allgemeiner zu Stahls politischer Theorie siehe Wilhelm Füßl, *Professor in der Politik. Friedrich Julius Stahl (1802–1861)*, Göttingen 1988.
- 83 »Ulm, 12. September«, in: *Der Orient*, 3 (1842), S. 342f.; »Vorwärts in der Judenemanzipation: Ein offenes Sendschreiben«, in: *Der Orient*, 4 (1843), S. 106; »Tübingen, im Februar«, in: *Der Orient*, 5 (1844), S. 68.
- 84 Heinrich, *Staat und Dynastie*, S. 316.
- 85 Thomas Stamm-Ku, *Deutsche Geschichte* S. 369; Ilja Mieck, »Ilution«, in: Büsch u hier S. 104ff.
- 86 Karl Georg Faber, »neunzehnten Jahrh«
- 87 Manfred Jehle (Hg.), *Enquêtes des Vormä*
- 88 Zur westfälischen *Autonomie. Entsteh von 1831 in Westfale*
- 89 Zitiert von Theodo Denken des Vormä *Vormärz 1815–1848*, des preußischen St of Modern Germa; Green dafür danke; zukommen ließ.
- 90 Klaus Pabst, »Die 1 ten«, in: Hans Hen *staatliche Minderhe*
- 91 Otto Friedrichs, *D 1614–1816. Ein Beit Preußen*, Bielefeld *Geschichte und My*
- 92 Forstreuter, »Die 1
- 93 Kurt Forstreuter, *i Berlin 1933*, S. 341.
- 94 Samuel Laing, *No*
- 95 Zu Beispielen für siehe die Transkri *neuesten Unternei schen Kirche vorzi ders in dem preuß 211f.* Zum Landre *zwischen Reform*
- 96 Zitiert in Brophy.
- 97 Rudolf Lange, *De buchliteratur*, Bei preußischen Vert das Preußen, das lorene Preußenle
- 98 Georg Wilhelm I *Naturrecht und S 1833*; kommentie Staatstheorie stü »Civilising the P nis danken, sein
- 99 Ebenda, § 273, S.
- 100 Georg Wilhelm *Wannenmann (i K.-H. Iltling, Stu*
- 101 Zitiert in Horst *graphie*, Münch

- 85 Thomas Stamm-Kuhlmann, »Pommern 1815 bis 1875«, in: Werner Buchholz (Hg.), *Deutsche Geschichte im Osten Europas: Pommern*, Berlin 1999, S. 366–422, hier S. 369; Ilja Miecz, »Preußen von 1807 bis 1850. Reformen, Restauration und Revolution«, in: Büsch u. a. (Hg.), *Handbuch der preußischen Geschichte*, Bd. 2, S. 3–292, hier S. 104ff.
- 86 Karl Georg Faber, »Die kommunale Selbstverwaltung in der Rheinprovinz im neunzehnten Jahrhundert«, in: *Rheinische Vierteljahrsblätter*, 30/1 (1965), S. 132–151.
- 87 Manfred Jehle (Hg.), *Die Juden und die jüdischen Gemeinden Preußens in amtlichen Enquêtes des Vormärz*, 4 Bde, München 1998, Bd. 1, S. 140f.
- 88 Zur westfälischen Reform siehe Norbert Wex, *Staatliche Bürokratie und städtische Autonomie. Entstehung, Einführung und Rezeption der Revidierten Städteordnung von 1831 in Westfalen*, Paderborn 1997.
- 89 Zitiert von Theodor Schieder, »Partikularismus und nationales Bewußtsein im Denken des Vormärz«, in: Werner Conze (Hg.), *Staat und Gesellschaft im deutschen Vormärz 1815–1848*, Stuttgart 1962, S. 9–38, hier S. 20. Zum föderalen Charakter des preußischen Staates siehe Abigail Green, »The Federal Alternative: A New View of Modern German History?« in: *Historical Journal* (in Kürze); ich möchte Frau Green dafür danken, dass sie mir eine Fassung des Artikels vor der Veröffentlichung zukommen ließ.
- 90 Klaus Pabst, »Die preußischen Wallonen – eine staatsreue Minderheit im Westen«, in: Hans Henning Hahn und Peter Kunze (Hg.), *Nationale Minderheiten und staatliche Minderheitenpolitik in Deutschland im 19. Jahrhundert*, Berlin 1999, S. 71–79.
- 91 Otto Friedrichs, *Das niedere Schulwesen im linksrheinischen Herzogtum Kleve 1614–1816. Ein Beitrag zur Regionalgeschichte der Elementarschulen in Brandenburg-Preußen*, Bielefeld 2000. Zu den Kuren siehe Andreas Kossert, *Ostpreußen. Geschichte und Mythos*, Berlin 2005, S. 190–195.
- 92 Kurt Forstreuter, »Die Anfänge der Sprachstatistik« in: Derselbe, *Wirkungen*, S. 313, 315f.
- 93 Kurt Forstreuter, *Die Deutsche Kulturpolitik im sogenannten Preußisch-Litauen*, Berlin 1933, S. 341.
- 94 Samuel Laing, *Notes of a Traveller*, S. 67.
- 95 Zu Beispielen für Petitionen von Separatisten, die sich auf das Landrecht berufen, siehe die Transkripte in Johann Gottfried Scheibel, *Actenmäßige Geschichte der neuesten Unternehmungen einer Union zwischen der reformirten und der lutherischen Kirche vorzüglich durch gemeinschaftliche Agende in Deutschland und besonders in dem preußischen Staate*, 2 Bde, Leipzig 1834, Bd. 2, S. 95–104, 106f., 197–208, 211f. Zum Landrecht als Kern einer einheitlichen Identität siehe Koselleck, *Preußen zwischen Reform und Revolution*, S. 23–51.
- 96 Zitiert in Brophy, *Joining the Political Nation*, Kap. 2.
- 97 Rudolf Lange, *Der deutsche Schulgesang seit fünfzig Jahren. Ein Beitrag zur Schulbuchliteratur*, Berlin 1867, S. 50f. Nach 1945 wurde das »Preußenlied« unter ostpreußischen Vertriebenenkreisen in Westdeutschland sehr beliebt, auch wenn das Preußen, das sie besangen nicht das Königreich Preußen war, sondern das verlorene Preußenland an der Ostsee.
- 98 Georg Wilhelm Friedrich Hegel, *Grundlinien der Philosophie des Rechts, oder Naturrecht und Staatswissenschaft im Grundrisse*, hrsg. von Eduard Gans, Berlin 1833; kommentierte Neuauflage: Berlin 1981, § 258, S. 284. Meine Version von Hegels Staatstheorie stützt sich auf Gareth Stedman Jones' unveröffentlichtes Manuskript »Civilising the People: Hegel«; ich möchte Professor Stedman Jones für die Erlaubnis danken, seine Schrift vor Erscheinen einzusehen.
- 99 Ebenda, § 273, S. 315f.
- 100 Georg Wilhelm Friedrich Hegel, *Die Philosophie des Rechts. Die Mitschriften Wannemann (Heidelberg 1817–1818) und Homeyer (Berlin 1818–1819)*, hrsg. von K.-H. Ilting, Stuttgart 1983, § 116, S. 268, § 118, S. 269f., dazu auch § 70, S. 91.
- 101 Zitiert in Horst Althaus, *Hegel und die heroischen Jahre der Philosophie. Eine Biographie*, München, Wien 1992, S. 395.

- 102 Siehe die Einführung von Gareth Stedman Jones zu Karl Marx und Friedrich Engels, *The Communist Manifesto*, London, 2002, S. 74–82.
- 103 Zitiert in Althaus, *Hegel*, S. 335.
- 104 Zur Spaltung des Hegelianismus in unabhängige linke und rechte Traditionen siehe John Edward Toews, *Hegelianism. The Path Toward Dialectical Humanism, 1805–1841*, Cambridge 1985, S. 71–140.
- 105 Zitiert in Althaus, *Hegel*, S. 340.
- 106 Leopold von Ranke, »Politisches Gespräch«, in: Derselbe, *Sämtliche Werke*, 54 Bde, Leipzig 1874–1890, S. 314–339, hier S. 329, 337; dazu auch George G. Iggers, *The German Conception of History. The National Tradition of Historical Thought from Herder to the Present*, Middletown, CT, 1968, S. 82, 88f. (dt.: Georg Iggers, *Deutsche Geschichtswissenschaft. Eine Kritik der traditionellen Geschichtsauffassung von Herder bis zur Gegenwart*, München 1971).
- 107 Marx an seinen Vater, Berlin, 10. November 1837, in: Hans-Joachim Lieber und Peter Furth (Hg.), *Karl Marx. Frühe Schriften*, Stuttgart 1962, S. 7–17, hier S. 14; dazu auch Sheehan, *Der Ausklang des Alten Reiches*, S. 526f.

Kapitel 13: Eskalation

- 1 Christopher Bayly, *The Birth of the Modern World 1780–1914*, Oxford 2004, S. 147.
- 2 William Russell an Viscount Palmerston, Berlin, 18. Juni 1840, zitiert in: Mösslang, Freitag und Wende (Hg.), *British Envoys*, Bd. 2, 1830–1847, S. 184.
- 3 Walter Bußmann, *Zwischen Preußen und Deutschland. Friedrich Wilhelm IV. Eine Biographie*, Berlin 1990, S. 47f., 93ff.; Dirk Blasius, *Friedrich Wilhelm IV., 1795–1861. Psychopathologie und Geschichte*, Göttingen 1992, S. 14–17, 55; David E. Barclay, *Friedrich Wilhelm IV and the Prussian Monarchy 1840–1861*, Oxford 1995, S. 29f., 32–35.
- 4 Bußmann, *Zwischen Preußen und Deutschland*, S. 119–142.
- 5 Bärbel Holtz u. a. (Hg.), *Die Protokolle des preußischen Staatsministeriums, 1817–1934/38*, 12 Bde, Hildesheim 1999–2004, Bd. 3: 9. Juni 1840 bis 14. März 1848, S. 15 (Einführung von Holtz); Blasius, *Friedrich Wilhelm*, S. 79f.
- 6 Robert Blake, »The Origins of the Jerusalem Bishopric«, in: Adolf M. Birke und Kurt Kluxen (Hg.), *Kirche, Staat und Gesellschaft. Ein deutsch-englischer Vergleich*, München 1984, S. 87–97; Bußmann, *Friedrich Wilhelm*, S. 140–158; Barclay, *Friedrich Wilhelm IV*, S. 84–92.
- 7 Frank-Lothar Kroll, »Monarchie und Gottesgnadentum in Preußen 1840–1861«, in: Derselbe, *Das geistige Preußen. Zur Ideengeschichte eines Staates*, Paderborn 2001, S. 55–74. Siehe auch »Politische Romantik und Romantische Politik bei Friedrich Wilhelm IV.«, ebenda, S. 75–86.
- 8 Leopold von Gerlach, Tagebuch, Frankfurt, 3. Juni 1842, Bundesarchiv Potsdam, 90 Ge 6, Tagebuch Leopold von Gerlach, Bd 1842–1846, Bl. 21.
- 9 Treitschke, *Deutsche Geschichte*, Bd. 5, S. 138.
- 10 Neugebauer, *Politischer Wandel*, S. 446–449.
- 11 Hagen, *Germans, Poles and Jews*, S. 91f.
- 12 Holtz u. a. (Hg.), *Protokolle*, Bd. 3 (Einführung), S. 17.
- 13 Treitschke, *Deutsche Geschichte*, Bd. 5, S. 154ff.
- 14 Barclay, *Friedrich Wilhelm IV*, S. 54f.
- 15 Obenaus, *Anfänge*, S. 532f.; Neugebauer, *Politischer Wandel*, S. 450.
- 16 Der volle Text des Politischen Testaments von 1808 ist enthalten in Heinrich Scheel und Doris Schmidt (Hg.), *Das Reformministerium Stein. Akten zur Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte aus den Jahren 1807/08*, 3 Bde, Berlin 1966–1968: Bd. 3, S. 1136ff.
- 17 Neugebauer, *Politischer Wandel*, S. 257f., 329, 372.
- 18 Theodor von Schön, *Woher und Wohin? oder der preußische Landtag im Jahre 1840*.

- Ausschließlich für den V
1840. Nachgedruckt in
Darmstadt 1976, S. 34–
Revolution von 1848, H:
19 Der folgende Abriss de
Treitschke, *Deutsche Ge
dor von Schön, Friedric
S. 107–123.20 Sheehan, *German Hist
21 Karl Obermann, »Die
schrift für Geschichte, 5
the Nineteenth Century
22 Nipperdey, *Deutsche G
Geschworenengericht
heute. Festschrift für H
23 Sperber, *Rhineland Ra
24 Hagen, *Germans, Pole
25 R. Arnold, »Aufzeichn
tische Wochenblatt«, i
S. 334–339; Berdahl, *Pe
German Conservatism
mungen in Deutschlan
26 Bärbel Holtz, »Wider
fische Regierung im
Spenkuch (Hg.), *Preu
politische Kultur zwisc
dieselbe, »Der vormä
12 (2002), S. 75–113.
27 Leopold von Gerlach,
Potsdam, 90 Ge 6 Tag
28 Siehe die abgedruckte
Gemeinden Preußens,
(Gumbinnen), 118 (N
260 (Bromberg), 271
457 (Köln), 477 (Düss
zur vollen Gleichbere
tungsbeamten als Mi
Verwaltung, S. 260.
29 »... Das von den Extri
nach Heinrich Heine
Heine, *Sämtliche Sch
Bd. 4, S. 458.
30 David Friedrich Stra
der Abtrünnige. Ein V
31 Mehr zu diesen Kale
Political Nation, Kap
32 Freytag, *Aberglauber
33 Brophy, *Joining the F
Popular Humour anu
Arbor 1992, S. 24f., 2
34 James M. Brophy, »C
in the Prussian Rhin
S. 873–904; derselbe.
1815–1848«, in: Karir
*the Sixteenth to the***********